

Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

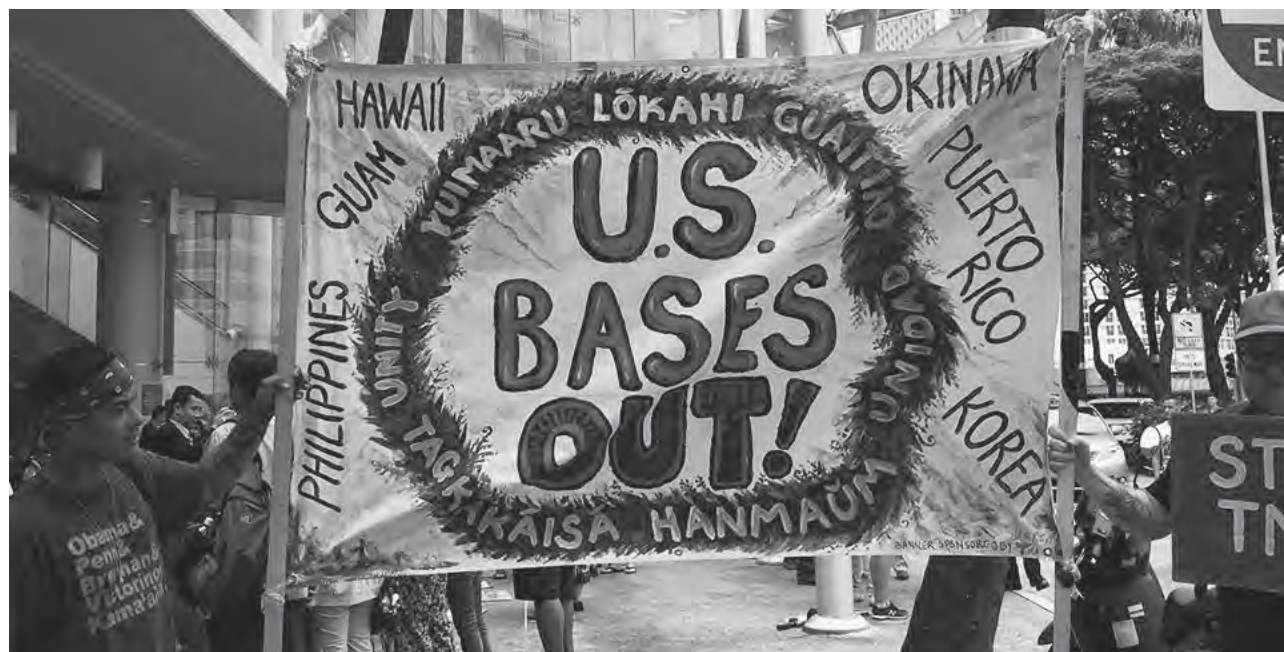
Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

42. Jahrgang
Nr. 3 – 2019
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Iran: Wie ein Schlachtfeld vorbereitet wird	3
Mittelstreckenraketen: Die Welt in Gefahr	4
70 Jahre SFB: Jubiläumsfeier	5
70 Jahre SFB: Mit Nachdruck für Frieden und Gerechtigkeit	5
Medien: Die grosse Heuchelei	7
SFB-Jahresversammlung	7
Reise durch Venezuela: Selbst ist das Volk	8



Protest gegen Umweltschäden durch US-Militärbasen: Am 3. September 2016 vor dem Hawaii Convention Center in Honolulu. Foto Colonel Ann Wright/globalresearch.ca

Armeen verhindern ein gesundes Klima – in jeder Hinsicht*

Der Feind allen Lebens

Militär und Kriege vernichten unsere Biosphäre. Für Prof. Dr. Klaus Moegling, Politikwissenschaftler, Lehrerbildner und Soziologe aus Hessen, gehören deshalb Friedens- und Umweltbewegung zusammen.

Von Klaus Moegling

Ein über lange Zeit vernachlässigter Aspekt von Aufrüstung und militärischen Aktivitäten liegt in der massiven Umweltzerstörung, die das Militär insbesondere während und nach militärischen Konflikten weltweit verursacht. Die Vergiftung und Zerstörung der Umwelt mit schwerwiegenden Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen gelangen erst jetzt am Rande der gegenwärtigen Proteste der Umwelt- und der Friedensbewegung allmählich ans Licht der Öffentlichkeit.

Militärisch bedingte Umweltzerstörung aus historischer Perspektive

Die militärbedingten Eingriffe in die Umwelt erfolgen jedoch bereits seit Hunderten von Jahren. Ökologische Zerstörungen durch das Militär wurden früher nur selten als Bedrohung angesehen; militärische, ökonomische und geostrategische Zielsetzungen hatten Priorität. Dementsprechend beschreibt bereits der römische Naturkundler Plinius der Ältere im 1. Jahrhundert n. Chr. die Abholzung der Wälder und die Verwüstung der Landschaften in Italien, Spanien und Nordafrika, um für den Handel und den Krieg unter anderem Holz, Kupfer und Eisenerz zu gewinnen:

«Man durchgräbt die Erde auf der Jagd nach Reichtum, weil die Welt nach Gold, Silber, Elektron und Kupfer verlangt — dort der Prunksucht zuliebe nach Edelsteinen und Färbemitteln für Wände und Holz, an-

derswo um des verwegenen Treibens willen nach Eisen, das bei Krieg und Mord sogar noch mehr geschätzt wird als das Gold.»¹

Die Folgen dieser massiven Eingriffe in die Natur zeigen sich noch bis heute beispielsweise in der Verkarstung grosser Teile der italienischen und spanischen Berglandschaft.

Später war der Kolonialismus mit weiteren Umweltzerstörungen und Eingriffen in ökologisch angepasste und funktionierende Systeme der Subsistenzwirtschaft verbunden: Indigene Bauern wurden in den eroberten Gebieten von ihrem Land vertrieben. Eine intakte Umwelt wurde oftmals aufgrund des militärischen Eingreifens der Kolonialmächte zu einer monokulturellen und einseitig ausgerichteten Plantagenwüste.

Die beiden Weltkriege verwandelten zahlreiche Regionen in eine zerstörte und mit Waffenresten verseuchte Landschaft.

Nach Schätzungen des Fraunhofer Instituts liegen ungefähr 1,6 Millionen Tonnen konventionelle Kampfmittel und circa 200 000 Tonnen chemische Kampfmittel auf den Meeresböden der Ost- und Nordsee. Seeminen, Bomben, Giftgasgranaten rosten, werden porös und geben ihre giftige Ladung in die Umwelt frei, sodass über die Fische das Gift in die menschliche Nahrung gerät.²

Die Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im August 1945 hatten allein 1945 nicht nur eine Viertelmillion Tote zur Folge, sondern verseuchten diese Regionen bis heute radioaktiv, sodass weiterhin zahlreiche Menschen an Krebs sterben und Kinder mit genetischen Defekten geboren werden.

Auf Anordnung des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy setzten die Militärs in Vietnam bereits 1961 Pflanzenschutzmittel ein, um den Vietcong die Deckung im entlaubten Regenwald zu nehmen und deren Reisfelder zu zerstören. Ab Februar 1967 verwendeten sie das Pflanzengift *Agent Orange* zur Entlaubung des vietnamesischen Regenwalds und zur Zerstörung der Reisfelder des Vietcong im Rahmen des grössten Chemie-Angriffs der Geschichte im Vietnam-Krieg. Das darin enthaltene Dioxin verseucht noch heute Vietnam und ist dort für massive Krebserkrankungen und Gendefekte verantwortlich. Insgesamt versprengte die US-Armee 70 Millionen Liter Herbizide aus der Luft über Vietnam mit verheerenden Folgen für die Natur und die Gesundheit der Menschen.³

Die *Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen* (ICAN), die 2017 den Friedens-Nobelpreis erhielt, geht von circa 2000 Atomwaffentests mit der Sprengkraft von 29 000 Hiroshima-Bomben aus, die unter der Erde, im Wasser und über dem Boden durchgeführt wurden. Diese Atombombentests sind verantwortlich für die umfangreiche radioaktive Verseuchung verschiedener Regionen sowie heute für etwa 2,4 Millionen Krebstote. So führten die USA von 1945 bis 1992 insgesamt 1032 Test durch, die Sowjetunion zwischen 1949 und 1991 allein in Semipalatinsk in der kasachischen Steppe 456 Nuklearwaffentests.⁴

Niemand weiss allerdings genau, wie viele Millionen Menschen aufgrund — insbesondere der überirdischen Tests — an Krebs erkrankten und starben. Die Organisation *Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkriegs* (IPPNW) setzt die Opferzahlen im Rahmen ihrer Studie *Bedrohung des Lebens durch radioak-*

Fortsetzung Seite 2

Resolution der SFB-Jahresversammlung

Friede dem Klima – Luftwaffe grounden

Militärische Aktivitäten schaden der Menschheit. Sie entziehen ihr gewaltige Ressourcen und verschlingen die Mittel, die im Kampf für Nahrung, Gesundheit, Bildung und ein würdiges Leben für alle dringend benötigt würden. Kriegerische Auseinandersetzungen stehen zudem weltweit an der Spitze der Umwelterstörung und der Klimaveränderung. Ein Klima des Friedens hingegen fördert den Frieden mit dem Klima. Dafür setzt sich die Schweizerische Friedensbewegung seit ihrer Gründung vor 70 Jahren ein.

Die Armeen dieser Welt befinden sich aber auch in Friedenszeiten in ständigem Krieg gegen die Umwelt. Sie beschädigen die Biodiversität, belasten die Böden, verpesten die Luft, verschmutzen die Gewässer, sind eine Quelle des Lärms und stossen schwer abbaubare Schadstoffe aus. Allein in der Schweiz hat das Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS im Jahr 2016 229 390 Tonnen CO₂-Emissionen produziert.

Im Jahr 2010 wurden von der Schweizerischen Luftwaffe 46 085 000 Liter Kerosin verbrannt und ihr Anteil am gesamten CO₂-Ausstoss des VBS betrug im gleichen Jahr 46%. Es genügt. Wir verstehen, dass Jugendliche mit der Forderung auf die Strasse gehen, zivile Inlandflüge zu grounden. Wir meinen: Beginnen wir damit, die Luftwaffe in ihre Unterstände zu verbannen.

Jahresversammlung der Schweizerischen Friedensbewegung
Basel, 11. Mai 2019



Grafik: Jessica Rocha, Projektarbeit der höheren Fachschule für Gestaltung (HF Visuelle Kommunikation) Zürich

*) Siehe auch «Unsere Welt», Nr. 1/2019 und 2/2019

Fortsetzung von Seite 1

Der Feind allen Lebens...
 tive Strahlung noch höher als ICAN an. Die vom Münchner Biochemiker Prof. Roland Scholz geleitete Studie kommt bereits 1997 zum Ergebnis, «dass allein die äussere Strahlenbelastung durch den Bomben-Fallout weltweit 3 Millionen zusätzliche Krebstote bis zum Jahr 2000 verursachen könnte. Hinzu kämen die Folgen der Inkorporation von Radionukliden durch Nahrung und Atemluft. Durch diese interne Strahlung könne es noch zusätzliche 30 Millionen Opfer geben».⁵

Ökologische Perspektive ausgeklammert

Brennende Ölquellen im Zuge militärischer Auseinandersetzungen im arabischen Raum, zum Beispiel im Irak-Krieg, sorgten für eine massive CO₂-Verschmutzung der Biosphäre.

Auch die unter anderem im ehemaligen Jugoslawien von der NATO verwendete Uran-Munition vergiftete die Umwelt und sorgte dort für radioaktiv verstrahlte Gebiete. Radioaktive Munition wird auch heute in Syrien eingesetzt, insbesondere für Panzer brechende Angriffswaffen.

Das Militär ist sowohl im Alltagsbetrieb als auch im militärischen Einsatzfall einer der grössten globalen Umweltverschmutzer.

So schreibt Markus Gelau 2018 am Beispiel des US-Militärs:

«Offiziell werden auf den weltweit 700 – 1000 Militärbasen täglich 320 000 Barrel Öl verbraucht. Hauptsächlich verursacht durch die sich ständig im Einsatz befindlichen 285 Kampf- und Versorgungsschiffe der US-Navy. Ebenso rund 4000 Kampfflugzeuge, 28 000 gepanzerte Fahrzeuge, 140 000 sonstige Fahrzeuge, über 4000 Hubschrauber, mehrere Hundert Transportflugzeuge und 187 493 Transportfahrzeuge (alle Zahlen aus 2012).

Zudem werden ausgemusterte Schiffe samt hochgiftiger Ladung zumeist nicht fachgerecht abgebaut und entsorgt, sondern auf hoher See einfach mit Torpedos und Raketen bombardiert und versenkt. Mindestens 109 Mal soll dies zwischen 1999 und 2012 so praktiziert worden sein. Nur 64 Schiffe wurden im selben Zeitraum verschrottet und recycelt.»⁶

Allein in den USA gibt es im Kontext militärischer Übungsgelände nach Pentagon-Angaben circa 39 000 verseuchte Gegenden, deren Dekontaminierung hunderte Milliarden Dollar kosten würde.⁷ Auch Deutschland ist von dieser Problematik nicht ausgenommen. Das zeigen die gegenwärtigen Waldbrände auf dem ehemaligen Übungsgelände der DDR-Armee und der Bundeswehr mit der damit verbundenen Gefahr explodierender Munition in Mecklenburg-Vorpommern sowie die immer noch auftretenden Bombenfunde in deutschen Grossstädten.



Grafik: Anjali Chandrasheka, Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen

Die Vereinten Nationen schätzen, dass circa 220 000 Landminen in über 70 Ländern gelegt wurden. Derartige Gegenden, zum Beispiel im ehemaligen Jugoslawien, in der Demokratischen Republik Kongo, in Vietnam, Kambodscha oder Tschetschenien, sind somit Kampfmittel verseucht und langfristig weder für Wohnungsbau noch für Landwirtschaft nutzbar, da deren Beseitigung teuer und auch nur über einen längeren Zeitraum hinweg Schritt für Schritt erfolgen kann.

Diese Bilanz könnte mit zahlreichen weiteren Beispielen wie dem Einsatz von Streumunition durch Saudi-Arabien im Jemen, Fassbomben des syrischen Militärs, gesunkene sowjetische Atom-U-Boote in der Ostsee, CO₂-Emissionen durch Militärbewegungen zu Luft und am Boden fortgeführt werden und zeigt:

Die Umwelt- und Friedensbewegung haben einen gemeinsamen substanziellen Schnittpunkt. Die Forderung nach einer Beendigung der Umweltzerstörung durch Militär und Kriege sollten sowohl Umweltbewegung als auch Friedensbewegung als zentrale Forderung an die Politik adressieren.

Diese Einschätzung wird dadurch unterstützt, dass das Militär nicht nur das Klima schädigt, sondern auch die eintretende und im Zusammenhang mit kapitalistischem und geostrategischen Interessen stehende⁸ Klimakrise wiederum die weitere Ursache für militärische Konflikte und die Zerstörung politischer Systeme gerade in den ärmeren Regionen der Welt sein wird. So schreibt Michael T. Klare, Professor für Frieden und Weltsicherheit am Hampshire College in Massachusetts 2015:

«Die stärksten und reichsten Staaten, insbesondere in den gemässigten Klimazonen, dürften mit diesen Belastungen besser zurechtkommen. Hingegen wird die Zahl der gescheiterten Staaten wohl dramatisch anwachsen, was zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und regelrechten



Der Hilfeschrei. Karikatur: Falco/Juventud Rebelde

Kriegen um die verbleibenden Nahrungsquellen, landwirtschaftlich nutzbaren Böden und bewohnbaren Flächen führen wird.

Grosse Teile des Planeten könnten also in Zustände wie jene geraten, die wir heute in Libyen, Syrien und dem Jemen vorfinden. Manche Leute werden bleiben und um ihr Überleben kämpfen; andere werden abwandern und so gut wie sicher auf wesentlich gewaltsamere Formen jener Feindseligkeit stossen, die Einwanderern und Flüchtlingen in ihren Zielländern heute schon entgegenschlägt. Somit würde es unausweichlich zu einer weltweiten Epidemie von Bürgerkriegen und anderen gewalttätigen Auseinandersetzungen um Ressourcen kommen».⁹

Und die Konsequenz?

Dies bedeutet demnach, dass die weltweiten Militäraktivitäten sowohl Ursache als auch Folge von Umweltzerstörung sein können.

Dementsprechend fordert der Friedensaktivist Karl-Heinz Peil, Mitglied des Bundesausschuss Friedensratschlag, 2019:

«Für die Friedensbewegung gilt es (...), dass nur durch drastische Abrüstung globale Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz ermöglicht wird».¹⁰

Dies gilt genauso für die Umweltbewegung, die die ökologische Gefährdung von Seiten des Militärs sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten deutlicher in ihren Aufmerksamkeitsfokus nehmen müsste. Wenn eine Aufrüstung Deutschlands und der EU im Sinne der NATO-Anforderungen, das bedeutet 2 Prozent des BIP für Militärausgaben, vollzogen wird, dann fehlt dieses Geld für die existenziell notwendige Bekämpfung der Klimakrise – so der internationale Friedensnetzwerker Reiner Braun und der Umweltpolitiker Michael Müller 2018:

«Wir leben aber in einem unfertigen Frieden, in dem soziale Unterschiede und ökologische Risiken zunehmen. Hunger, Elend und Umweltzerstörung erzeugen eine Gewalt, die Frage auslösen können. Zusätzlich fast 30 Milliarden Euro fürs Militär würden der Modernisierung der Infrastruktur, dem sozialen Wohnungsbau, der Entwicklungszusammenarbeit oder im Kampf gegen den Klimawandel fehlen.

Geld muss in die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen fliessen, um die Erderwärmung möglichst bei 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Das sind Investitionen, die für den Frieden unverzichtbar sind».¹¹

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu stellen, wie die Beseitigung der durch Militär verursachten Umweltschäden finanziert wird. Hierzu müssten – neben den verursachenden Kriegsparteien – auch die Produzenten in der Rüstungsindustrie herangezogen werden. Gerade für die Rüstungsindustrie gilt: Es ist nicht vertretbar, dass die erheblichen



Die Welt verabschiedet sich von den Waffen. Karikatur: Falco/Juventud Rebelde

Gewinne in private Unternehmen fliessen, wohingegen Staat und Steuerzahler die Kosten tragen.

Vor allem die Ausklammerung des Militärs als Klimaschädiger aus dem Kyoto-Protokoll und aus den Pariser Verträgen – insbesondere auf Druck der USA¹² – verweist des Weiteren auf die internationale Dimension der Problematik. Hier sind die Vereinten Nationen gefragt, die Umweltproblematik im Zusammenhang mit dem Militär und den Kriegseinsätzen in die internationalen Klima-Verträge aufzunehmen. Dies dürfte ihnen leichter fallen, wenn zum Beispiel die *Fridays-for-Future-Bewegung* und die Ostermarsch-Bewegung beziehungsweise weitere Aktivitäten der Friedensbewegung entsprechenden zivilgesellschaftlichen Druck aufbauen.

Insbesondere sollte hierbei auf das Missverhältnis von Militärausgaben und Investitionen in den Umweltschutz aufmerksam gemacht werden, welches Ausdruck eines problematischen Bewusstseinsstand der politischen Herrschenden ist und natürlich auch den Interessen der Rüstungsindustrie entgegenkommt. Der Friedensaktivist Bernhard Trautvetter hat dies für Deutschland eindrucksvoll in Zahlen dokumentiert:

«Auch in Deutschland wird die indirekt umweltgefährdende Wirkung der Rüstung schon beim Blick auf den Bundeshaushalt unmittelbar klar: Der Ansatz für die sogenannte Verteidigung erreichte 2019 einen neuen Rekord, indem er sprunghaft von circa 38,5 Milliarden Euro auf 43,2 Milliarden Euro anstieg. Der Ansatz für Umwelt, Naturschutz und sogenannte nukleare Sicherheit stieg von knapp 2 Milliarden Euro auf knapp 2,3 Milliarden Euro. Das Verhältnis von Militärausgaben und dem Etat, der unter anderem die Kosten für Umwelt aufführt, beträgt circa neunzehn zu eins».¹³

Mehr wagen

An die WahlbürgerInnen ist entsprechend zu appellieren: Keine Partei mehr zu wählen, die sich nicht ökologisch eindeutig positioniert; keine Partei mehr zu wählen, die für die Ausweitung des Rüstungsetats und des Waffenhandels eintritt, auch wenn dies mit dem Arbeitsplatzargument unterstützt wird; keine Partei zu wählen, die bereit ist, sich an völkerrechtswidrigen Kriegen zu beteiligen, die immer sowohl gegen die Menschen als auch gegen die Umwelt gerichtet sind.

Des Weiteren: Wenn die erstarkende internationale Umweltbewegung, die derzeit vor allem von der jüngeren Generation getragen wird, über den Zusammenhang zwischen Militär, Krieg und Umweltzerstörung Kontakt zur Friedensbewegung aufnimmt, sich mit dieser vernetzt, dann wird ihre langfristige gesellschaftliche Relevanz weiterhin zunehmen.

Wenn diese zusammen dann auch noch den Zusammenhang zwischen

der vorwiegend durch ein ungebremsstes Profitstreben und von geostrategischen Interessen ausgelösten Umweltzerstörung, gewalttätig ausgetragenen Verdrängungskonflikten und der Migration von fliehenden Menschengruppen thematisieren, dann könnte langfristig einer derartigen gesellschaftlichen Bewegung noch eine grössere systemische Bedeutung zukommen, als dies bei der 1968er-Bewegung der Fall war.

Während Willy Brandt und die SPD 1969 aufgrund des wachsenden zivilgesellschaftlichen Drucks der 1968er-Bewegung einen Politikwechsel erreichen konnten («Mehr Demokratie wagen.»), müsste derzeit weiterhin das notwendige Engagement für zu verbessernde demokratische Strukturen mit der Aufforderung «Mehr Ökologie, mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden wagen» verbunden werden, um durch gesellschaftlichen Druck einen sozialökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel auch auf der Regierungsebene vorzubereiten.

Erschienen in rubikon.news

Quellen und Anmerkungen:

- ¹ Zitat entnommen aus Sonnabend, Holger (2010): Mensch und Umwelt in der Antike. Vortrag an der Universität Erfurt vom 25. Mai 2010, www.db-thueringen.de
- ² Vgl. Fraunhofer Institut (2018): Gefährliche Altlasten in Ost- und Nordsee, www.fraunhofer.de
- ³ Vgl. Langels, Otto (2017): Der grösste Chemieangriff der Geschichte, www.deutschlandfunkkultur.de
- ⁴ Vgl. ICAN (o.J.): Auswirkungen von Atomwaffentests, www.ican.de
- ⁵ www.ipmw.de
- ⁶ Markus Gelau (2018): US-Militär: Der grösste Umweltverschmutzer der Welt, www.greenfinder.de
- ⁷ Vgl. Braun, Reiner (2019): Umweltterror durch Militär auch ohne Krieg. In: Friedensjournal, Juli-August 2019, Nr. 4, S. 4
- ⁸ Vgl. ausführlicher zum Zusammenhang von Kapitalismus und Klimazerstörung Naomi Klein (2012): Klima vs. Kapitalismus. Was die linke Umweltbewegung von den rechten Think Tanks lernen kann. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 1/ 2012, 75-88. (www.blaetter.de)
- ⁹ Michael T. Klare (2015): Klima und Krieg. Der Pariser Gipfel als Friedenskonferenz. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 12/ 2015, S. 45-50. (www.blaetter.de)
- ¹⁰ Peil, Karl-Heinz (2019): Globale Märkte, Ressourcenverschwendung und Umweltbewegung. In: Friedensjournal, Juli-August 2019, Nr. 4, 10-13.
- ¹¹ Braun, Reiner/ Müller, Michael (2018): Keine Militarisierung der Aussenpolitik. In: www.fr.de vom 17.1.2018, entnommen am 16.7.2019, vgl. hierzu auch den von Michael Müller (Vorsitzender der Naturfreunde Deutschlands - NFD) im Dezember 2018 gehaltenen Vortrag auf dem 25. Friedensratschlag in Kassel (wird publiziert in Henken, Luehr (Hrsg.) (2019))
- ¹² Vgl. Reiner Braun (2019): a.a.O., S. 3 und Markus Gelau (2018): a.a.O.
- ¹³ Bernhard Trautvetter (2019): Zum Schutz des Lebens. Die Friedens- und die Umweltbewegung stehen für das Gleiche ein. – Sie sollten endlich Seite an Seite zusammenkämpfen. In: www.rubikon.news vom 29. Juli 2019

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch



Grafik: Jixin Wang, Büro der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen

Iran: Wie ein Schlachtfeld vorbereitet wird

Stock zwischen die Augen

Meistens agiert Trump in der Aussenpolitik wie der New Yorker Immobilienmogul, fokussiert allein auf den «Deal» und das eigene Image, und ohne emotionales oder moralisches Interesse. Wie hält er es im Bezug auf den Iran?

Von Alastair Crooke

Bernard Lewis, ein britisch-amerikanischer Historiker des Nahen Ostens, war in den USA enorm einflussreich – seine politischen Ideen wurden und werden von Präsidenten, politischen Entscheidungsträgern und Denkfabriken übernommen. Obwohl er letztes Jahr starb, prägen seine unheilvollen Ansichten weiterhin das Denken der USA über den Iran. US-Aussenminister Mike Pompeo zum Beispiel hat geschrieben: «Ich traf ihn nur einmal, aber ich las viel von dem, was er schrieb. Ich verdanke viel von meinem Verständnis für den Nahen Osten seiner Arbeit... Er war auch ein Mann, der wie ich glaubte, dass wir Amerikaner mehr Vertrauen in die Grösse unseres Landes haben müssten, nicht weniger».

Der sogenannte «Bernard-Lewis-Plan» war ein Konzept, das alle Länder der Region – vom Mittleren Osten bis Indien – nach ethnischen, religiösen und sprachlichen Gesichtspunkten zerlegen sollte. Eine radikale Balkanisierung der Region. Ein pensionierter Offizier der US-Armee, Ralph Peters, erstellte anschliessend die Karte, wie ein «Balkanisierter» Mittlerer Osten aussehen würde. Auch Ben Gurion hatte einen ähnlichen strategischen Ehrgeiz für israelische Interessen.

Lewis' Einfluss ging jedoch bis an die Spitze: Präsident Bush wurde gesehen, wie er kurz nach dem 11. September Artikel von Lewis zu einem Treffen ins Oval Office trug, und nur acht Tage nach den Angriffen auf das World Trade Center und das Pentagon briefte Lewis an der Seite seines Freundes Ahmed Chalabi, des Führers des irakischen Nationalkongresses, Richard Perle's Defence Policy Board. Auf der Schlüsselsitzung dieses Gremiums, das mit Verteidigungsminister Donald Rumsfeld sehr einflussreich war, riefen die beiden zu einer Invasion im Irak auf.

Lewis säte auch die umfassendere Idee einer rückwärtsgewandten muslimischen Welt, die von Hass gegen einen modernisierenden und tugendhaften Westen geprägt sei. Er war es und nicht Samuel Huntington, der den Begriff «Clash of Civilizations – Zusammenprall der Zivilisationen» geprägt hat und damit implizierte, der Islam und der Westen seien in einen existentiellen Kampf ums Überleben verwickelt.

Regimewechsel

Durch das evangelische Prisma der heutigen politischen Entscheidungsträger wie Pompeo und Mike Pence hat sich diese dunkle Prognose von einem zivilisatorischen «Zusammenprall» in den kosmischen Kampf von Gut und Böse verwandelt (wobei insbesondere der Iran als Quelle des kosmischen Übels in der heutigen Welt identifiziert wurde).

Das ist der Kernpunkt: Für Lewis stellte der Iran die primäre Bedrohung dar und dort den Regimewechsel herbeizuführen, war stets seine Vision. «Sollen wir mit den Ayatollahs des Iran verhandeln?» fragte ihn Henry Kissinger einmal: «Sicher nicht!», kam Lewis' kompromisslose Antwort. Die allgemeine Haltung, die die USA gegenüber der Region einnehmen sollten, legte er Dick Cheney kurz und bündig dar: «Ich glaube, dass eines der Dinge, das Sie mit den Arabern tun müssen, darin besteht, sie mit einem grossen Stock zwischen die Augen zu schlagen. Sie respektieren die Macht.» Dieser Rat des Orientalisten galt «naturgemäss» auch für den Iran

und seine «Ayatollahs», wie Lewis sagte: «Die Frage, die wir uns stellen sollten, ist, warum sie uns weder fürchten noch respektieren.»

Nun denn, inspiriert von seinem intellektuellen Helden (Lewis) scheint Pompeo, zusammen mit Richard Perles Kumpel aus den Zeiten der neokonservativen Denkfabrik «Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert» PNAAC, John Bolton, zu versuchen, den Iran gemäss dem Lewis-Rezept mit einem «grossen (Sanktions) Stock zwischen die Augen zu schlagen».

Alter Wein in nicht so neuen Schläuchen

Wir waren schon mal hier. Die USA haben nicht nur kurz in Lewis' Büchern geblättert, sondern sie handeln seit Jahrzehnten danach. Bereits in

Und solche Operationen wurden soeben weiter ausgebaut: Wie die derzeitige Leiterin der CIA, Gina Haspel, bestätigt hat, verlagert sie die Mittel der Agentur auf Russland und den Iran. Und die USA haben ihre Militärbasen eifrig an Stellen errichtet, die an die ethnischen Minderheiten des Iran angrenzen.

Was ist also das «Endspiel»? Ist es der US-Wahlkampf und hauptsächlich für den inländischen Konsum bestimmt? Geht es bloss darum, den Iran einzudämmen und zu schwächen? Soll der Iran gezwungen werden, über einen «besseren» JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action – Wiener Vereinbarung über das iranische Atomprogramm) zu verhandeln? Oder soll es einen Regimewechsel auslösen?

Nun, es sieht so aus: Pompeo hat sich geweigert, zwei wichtige Ausnahmen von den US-Sanktionen zu verlängern (neben den verschiedenen Ölausnahmen). Diese beiden Ausnah-

Es kann nur eine einzige Antwort geben: Pompeo und Bolton beabsichtigen, den Iran zu einem Bruch des Wiener Abkommens zu drängen. Sie versuchen gezielt, die Nichteinhaltung durch den Iran zu provozieren und zwingen den Iran effektiv zur Vermehrung. Denn wenn diese Stoffe nicht exportiert werden können, kann der Iran gar nicht anders, als sie unter Verstoß gegen die Wiener Vereinbarung anzuhäufen (es sei denn, das im JCPOA eingebettete Streitverfahren des UN-Sicherheitsrates regelt etwas anderes).

Dieser Druck auf den Iran, formal gegen die Vereinbarung zu verstossen, eröffnet Bolton viele Möglichkeiten, den Iran weiter zu provozieren und ihn vielleicht soweit zu hänseln, dass er den USA einen Vorwand liefert, seine Anreicherungsanlagen dem Erdboden gleich zu machen. Wer weiss?

Die Minderheitenkarte

Wie passen nun die ethnischen Minderheiten des Iran ins Bild? Die Mehrheit der iranischen Bevölkerung ist Persisch, geschätzt zwischen 51% und 65%. Die grössten anderen

Aktivistengruppen finden, die einen Polizisten töten werden, aber die Arbeit mit den Minderheiten wird nach hinten losgehen und die Mehrheit der Bevölkerung entfremden.»

Und wie Professor Salehi-Isfahani vom Brookings-Institut (einer Washingtoner Denkfabrik, die Red.) gezeigt hat, wurden die ärmsten Teile der iranischen Gesellschaft vor den harten wirtschaftlichen Auswirkungen von Sanktionen sogar etwas abgeschirmt (mehr als die Mittelklasse), so dass man zu Recht zu dem Schluss kommen könnte, dass der Iran die wirtschaftliche Belagerung überstehen kann.

Selbsttäuschung

Ja, aber... «Da waren wir doch schon mal», auf eine andere wichtige Weise:

Der Irak und «Curveball» (der Codename für den irakischen Agenten des deutschen Geheimdienstes, der falsche Informationen über die Massenvernichtungswaffen des Irak lieferte); die irakischen Exilanten, die den Amerikanern versicherten, dass sie in Bagdad als «Befreier» auf einem mit Blumen und Reis bedeckten Weg begrüsst würden; und «Team B» (die Einheit von Ex-Geheimdienstlern, die vom damaligen Vizepräsidenten Cheney eingerichtet wurde, um «gleichgesinnte» Nachrichten zu produzieren, die jene der CIA konterkarierten und Cheneys Weltanschauung stützten). Das Ergebnis der Trennung Amerikas von der Realität des Irak war natürlich eine Katastrophe.

Da sind wir wieder, und die Geschichte scheint sich zu wiederholen: Das ehemalige «Team B» ist heute keine Einheit mehr, die dem Verteidigungsministerium implantiert wurde, sondern ein Netzwerk ehemaliger Geheimdienstler irgendeiner Art, die zusammen mit verbitterten iranischen Exilanten agieren, innerhalb der Volksmudschahedin (MEK) und der gealterten Exilgemeinde fischen und dann ihre Ergebnisse in die Denkfabrik der Foundation for the Defense of Democracies und ins Weisse Haus leiten – Farbtöne von Chalabi und der Irak-Saga, und das alles wieder von neuem.

Es ist die alte, uralte Geheimdienstgeschichte: Beginnen Sie mit tiefen orientalistischen Vorurteilen und vorgefassten Meinungen über die Natur des «Anderen»; überzeugen Sie sich selbst, dass kein «moderner» Mann oder Frau die «Ayatollahs» unterstützen würde. Und wissen Sie was? Sie finden, was Sie sehen wollten: Dass der Iran kurz vor dem «immanenten Zusammenbruch» steht, dass die Minderheiten bereit sind, sich gegen die übermächtige persische Elite zu erheben, und dass die US-amerikanische Intervention zur Beseitigung dieses verhassten «Regimes» mit Blumen und Reis begrüsst würde.

Es ist natürlich Unsinn. Aber die Fähigkeit zur Selbsttäuschung reicht aus, um Kriege zu führen. (...)

Meistens agiert Trump in der Aussenpolitik wie der New Yorker Immobilienmogul, fokussiert allein auf den Deal und das eigene Image, ohne emotionales oder moralisches Interesse. Das gilt wahrscheinlich auch für das Engagement der USA in Syrien und Afghanistan. Aber ist das so für den Iran? Könnte der Iran die Ausnahme bilden – gerade weil er Trump's «Vermächtnisprojekt» Grossisrael, das auch als Handel des Jahrhunderts bezeichnet wird, im Wege steht?

Bolton mag von Trump leicht zur rechtgewiesen worden sein, weil er es in Venezuela falsch gemacht hat. Wenn es um den Iran geht, stossen Pompeo und Bolton aber möglicherweise auf eine halboffene Tür.

Alastair Crooke ist ehemaliger britischer Diplomat und Direktor des in Beirut ansässigen Conflicts Forum. Quelle: tlaxcala-int.org/strategic-culture.org, von der UW leicht gekürzt und mit Untertiteln versehen. Übersetzung Martin Schwander



John Bolton und die US-Sanktionen: «Wir sind immer bereit für den Dialog!» Carlos Latuff/mintpressnews.com

den 1960er Jahren hatte Lewis ein Buch veröffentlicht, das die potenziellen Schwachstellen und damit die potenzielle Nutzung religiöser, Klassen- und ethnischer Unterschiede als Mittel zur Beseitigung der Staaten im Nahen Osten aufgriff.

Seymour Hersh schrieb dazu 2008: «Ende letzten Jahres [2007] stimmte der Kongress gemäss jetzigen und früheren militärischen, nachrichtendienstlichen und kongressinternen Quellen einem Antrag von Präsident Bush zu, eine bedeutende Ausweitung verdeckter Operationen gegen den Iran zu finanzieren. Diese Operationen, für die der Präsident bis zu vierhundert Millionen Dollar anstrebte, wurden in einer von Bush unterzeichneten präsidentialen Memorandum beschrieben und zielen darauf ab, die religiöse Führung des Landes zu destabilisieren. Die verdeckten Aktivitäten beinhalten die Unterstützung der Minderheit der arabischen und baluchischen Gruppen der Ahwazi und anderer Dissidentenorganisationen...»

Geheimoperationen gegen den Iran sind nicht neu. Die Spezialeinheiten der Vereinigten Staaten führen seit letztem Jahr (...) grenzüberschreitende Operationen aus dem Südirak durch. Aber das Ausmass und der Umfang der Operationen im Iran, an denen die CIA und das Joint Special Operations Command (JSOC) beteiligt sind, wurden nach Angaben der derzeitigen und ehemaligen Beamten nun erheblich erweitert. Viele dieser Aktivitäten sind im neuen Memorandum nicht näher ausgeführt, und einige Kongressführer haben ernsthafte Fragen über ihre Art gehabt.»

meverweigerungen gleichen stark einer «rauchenden Pistole», d.h. einem eindeutigen Beweis für Pompeos und Boltons wahre Absicht. Eine der zurückgezogenen Ausnahmeregelungen betraf die Ausfuhr von niedrig angereichertem Uran durch den Iran, die andere die Ausfuhr von «schwerem Wasser» aus dem Reaktor von Arak.

Iran zum Bruch der Vereinbarung zwingen

Der Punkt ist, dass es dem Iran gemäss dem Wiener Abkommen nicht erlaubt ist, eine der beiden Substanzen über 300 Kilo bzw. 300 Liter anzureichern. Der Iran ist also durch das Abkommen gezwungen, jeden potenziellen Überschuss zu exportieren, der diese Grenzwerte überschreiten könnte. Ersteres geht nach Russland (im Austausch für rohes Handelsuran), letzteres wird im Oman gelagert.

Lassen Sie mich ganz klar sagen: Es gibt absolut keinen nuklearen Nutzen für den Iran aus diesen Exporten. Sie dienen nur den Interessen derjenigen, die die Wiener Vereinbarung unterzeichnet haben. Es handelt sich um JCPOA-«Haushaltsartikel» – d.h. sie dienen nur denen, die sich für die Nichtverbreitung von nuklearem Material einsetzen. Der Export ist im Abkommen vorgesehen und wird vom Iran zwingend verlangt.

Wenn diese Exporte per se keine wirtschaftliche Bedeutung haben und genau das Funktionieren des Atomabkommens darstellen, warum sollte sich Pompeo dann weigern, die Ausnahmeregelungen für eine solche Strukturkomponente zur Nichtverbreitung zu verlängern?

ethno-linguistischen Gruppen sind: Aserbaidzschanisch (16-25+%), Kurden (7-10%), Lurs (ca. 7%), Mazandarani und Gilaki (ca. 7%), Araber (2-3), Balochi (ca. 2%) und Turkmenen (ca. 2%). Aus diesen Gruppen ist das «Material» gemacht, das die USA im Rahmen der «Train and Assist»-Programme der CIA in bewaffnete Sezessionisten und antiiranische Aufständische verwandeln möchten. Als dieses Programm 2007 zur Diskussion stand, gab es sowohl innerhalb der US-Regierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten (einschliesslich von Aussenminister Gates als auch von General Fallon, die beide den Wert eines solchen Denkens in Frage stellten und zurückwiesen). Wie Seymour Hersh bemerkte:

«Eine Strategie, ethnische Minderheiten zu nutzen, um den Iran zu untergraben, ist untauglich, meint Vali Nasr, der internationale Politik an der Tufts University unterrichtet und auch ein leitender Mitarbeiter des Council on Foreign Relations ist. «Nur weil Libanon, Irak und Pakistan ethnische Probleme haben, bedeutet das nicht, dass der Iran unter dem gleichen Problem leidet», sagte Nasr. «Der Iran ist ein altes Land – wie Frankreich und Deutschland – und seine Bürger sind genauso nationalistisch. Die USA überschätzen die ethnischen Spannungen im Iran.» Die Minderheitengruppen, die die USA anpeilen wollen, sind entweder gut integriert oder klein und marginal, ohne grossen Einfluss auf die Regierung oder die Fähigkeit, eine politische Herausforderung darzustellen, sagte Nasr. «[Allerdings] kann man immer wieder

Das Ende des INF-Vertrages

Die Welt in Gefahr

Zwischen den Grossmächten droht ein verheerender Krieg, bei dem Europa bereits im Voraus als Verlierer dasteht, meinte Werner Ruf in seiner Rede beim Internationalen Treffen im deutschen Friedenscamp Ramstein am 28. Juni 2019. Wir dokumentieren sie in einer von ihm überarbeiteten und aktualisierten Fassung, von uns leicht gekürzt und mit Untertiteln versehen.

Von Werner Ruf

«Einen grossen atomaren Krieg wird es nie geben. Die Gefahr gegenseitiger totaler Vernichtung wäre zu gross.» Mit diesem Mantra konnten sich zwei Generationen von Deutschen lange beruhigen. Das Ausbleiben des noch in den 80er-Jahren heftig befürchteten Weltenbrands schien den Optimisten Recht zu geben. Doch schon lange arbeiten NATO-Strategen daran, diese Dynamik zu unterlaufen und das «Gleichgewicht des Schreckens» in ein Ungleichgewicht zugunsten des US-Imperiums zu verwandeln. Zu diesem Zweck wird unter anderem an Techniken getüftelt, die die atomare Zweitschlagsfähigkeit Russlands unterlaufen sollen. Ohnehin befinden sich die USA in einer komfortablen Situation. Die Hauptlast eines vor allem von ihnen zu verantwortenden Krieges hätte ein dann vollständig verwüstetes Europa zu tragen.

Zu Beginn der 1980er Jahre hatten die USA und die NATO eine Strategie gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten in der Warschauer-Vertrags-Organisation entwickelt, die die perverse Situation der «gegenseitigen sicheren Vernichtung» überwinden sollte. Caspar Weinberger, der damalige US-Verteidigungsminister erklärte dies in einem Interview mit dem Spiegel im Oktober 1981:

«Wir müssen sicherstellen, dass dieses sowjetische Imperium, wenn es denn aufgrund seiner eigenen Widersprüche zusammenbricht, das mit einem Winseln tut und nicht mit einem grossen Knall.»

Die Sowjetunion war so freundlich, dies mit einem Winseln zu tun. Unverhohlen formulierte es auch der damalige Direktor des US-Sicherheitsrats für osteuropäische und sowjetische Angelegenheiten:

«Die sowjetische Führung wird die Wahl haben, ihr kommunistisches

System friedlich in die vom Westen verfolgte Richtung zu ändern oder in den Krieg zu ziehen.»

Damals, als die NATO ihre neuen nuklearen Mittelstreckenraketen – Cruise Missiles und Pershing II – aufstellte, hofften westliche Strategen, dass es gelingen könne, die Sowjetunion zu «enthaupten» und ihre Zweitschlagsfähigkeit zu vernichten, so dass sie unfähig wäre, dem Westen vernichtende Schläge zu versetzen.

Wie auch immer: Das Schlachtfeld eines solchen nuklearen Krieges wäre Europa gewesen – und mit Europa ist hier der Raum vom Atlantik bis zum Ural gemeint. Es war die Einsicht in den selbstzerstörerischen Wahnsinn dieser Strategie, aber auch die Stärke der Friedensbewegung in ganz Europa, die 1987 zum Abschluss des INF-Vertrags (Intermediate Range Nuclear Forces) führte, der die Stationierung von mit Atomwaffen bestückten Trägersystemen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 Kilometern in Europa untersagte.

Eine Kündigung mit Folgen

Diesen Vertrag hat US-Präsident Donald Trump zu Anfang dieses Jahres gekündigt, der Vertrag lief am 1. August 2019 aus. Die vom Westen als Vertragsbruch stigmatisierte neue russische Rakete hat – nach russischen Angaben – eine Reichweite von 480 Kilometern. Russland hat der NATO, wie im INF-Vertrag vorgesehen, mehrfach die Inspektion der Rakete angeboten, die NATO lehnte das Angebot ab. In der Folge reagierte Russland, indem es seinerseits den Vertrag kündigte.

Das Ende des INF-Vertrages wird unmittelbare Folgen haben für die noch existierenden Abkommen über Abrüstung und Rüstungskontrolle: Als ersten betrifft dies den New-START-Vertrag (Strategic Arms Reduction Talks), der zwischen den Präsidenten

Barack Obama und Dmitri Medwedjew geschlossen wurde. Dieser sieht vor, die atomaren Sprengköpfe auf beiden Seiten auf die Zahl von 1550 zu reduzieren und die Anzahl der Trägerraketen zu begrenzen. Der Vertrag läuft 2021 aus. Misstrauen und Angst auf beiden Seiten machen die Verlängerung des START-Vertrags mehr als unwahrscheinlich. So eröffnet die Beendigung des INF-Vertrags das Tor für ein neues, gigantisches nukleares Wettrüsten.

Was hinter dieser Raketen-Debatte steckt, wird sichtbar, wenn wir genauer auf drei grundsätzliche Entscheidungen der US-Administration und der NATO schauen:

Ersteinsatz ermöglichen

1. Alle zwei Jahre veröffentlichten die USA ihr nukleares Planungskonzept, die Nuclear Posture Review (NPR). In der NPR vom Februar 2018 kündigten die USA an, dass sie die Zahl ihrer so genannten Low-yield-Nuklearwaffen über die derzeit existierenden 500 hinaus massiv erhöhen wollten. Diese Bomben werden in den Medien meist verniedlichend Mini-Nukes genannt, die Sprengkraft dieser «kleinen» Bomben liegt in etwa bei der der Hiroshima-Bombe. Wie in der NPR ausgeführt, dienen diese Bomben taktischen, nicht strategischen Zwecken. Das heisst: Sie sind für das – europäische – Gefechtsfeld bestimmt. Für den Transport dieser Mini-Nukes ins Ziel werden also Mittelstreckenraketen benötigt, die bisher verboten waren. So senkt die Vervielfachung der neuen Sprengköpfe zweifelsohne die Schwelle des Einsatzes von Kernwaffen, die NPR stellt eindeutig fest: Ihre Verwendung wird nicht beschränkt sein auf Aktionen gegen «Angriffe auf die Zivilbevölkerung oder die Infrastruktur in den USA, von Alliierten oder Partnern». In der NPR wird offen der Ersteinsatz von Nuklearwaffen gefordert; unterstrichen wird, «dass die USA Nuklearwaffen als Antwort auf bedeutsame nicht-nukleare strategische Angriffe» einsetzen werden. Damit ist klar, dass die veränderte Nuklearstrategie und das mit ihr verbundene Waffenarsenal dafür bestimmt sind, in Konflikten eingesetzt zu werden, die bisher als «konventionell» eingestuft wurden. In diese neue Strategie passt es, dass die USA nicht bereit sind, den umfassenden Vertrag zum Verbot von Atomwaffentests (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty CTBT) zu ratifizieren, den bisher nur Russland – neben 167 anderen Ländern – ratifiziert hat. Damit werden Atomwaffentests wieder möglich – unterirdisch, auf der Erdoberfläche wie auch im Weltraum. Aus diesem Grund, so die NPR, lehnen die USA den Atomwaffenverbotsvertrag ab, weil dieser Vertrag «völlig unrealistische Erwartungen wecke», denen zufolge eine atomare Abrüstung möglich sei.

Zweitschlagsfähigkeit verhindern

2. Nun gibt es für die Umsetzung dieser Strategie ein Problem: Die russische Zweitschlags-Antwort mittels ballistischer Raketen. Die USA und die NATO haben allerdings bereits in Rumänien anti-ballistische Systeme installiert, solche Systeme sind in Polen im Aufbau. Ursprünglich wurde die Dislozierung dieser Systeme gerechtfertigt mit möglichen Bedrohungen aus dem Iran. Als Russland seine Beteiligung an diesen «Verteidigungssystemen» mit der Begründung vorschlug, es sei aus geografischen Gründen von solchen Raketen mehr bedroht als Westeuropa, winkten die USA und die NATO ab, was nur einen Schluss zulässt: Diese Systeme richten sich gegen die russischen ballistischen Raketen, ihr strategisches Ziel ist die Eliminierung der russischen Zweitschlagsfähigkeit im Falle eines nuklearen Angriffs auf Russland.



Grafik: Falco/Inventud Rebelle

Dies sind exakt die alten Vorstellungen und Konzepte, die bereits Anfang der 1980er Jahre verfolgt wurden: Einen Atomkrieg möglich und gewinnbar zu machen.

Einkreisung Russlands

3. Westliche Politik beschränkt sich aber nicht auf nukleare Kriegsführung. Daneben gibt es gewaltige konventionelle Anstrengungen. Der wahrscheinlich wichtigste Vertrag über Abrüstung und Vertrauensbildung war der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der 1989 geschlossen wurde. 1999 wurde er neu verhandelt. Dieser Vertrag wurde ratifiziert von Russland, Weissrussland, der Ukraine und Kasachstan – kein NATO-Mitglied ratifizierte ihn. Stattdessen betrieb die NATO ihre Osterweiterung – dies im Gegensatz zu Versprechen, die der frühere US-Aussenminister James Baker anlässlich der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags – der die deutsche Vereinigung ermöglichte – der sowjetischen Seite gegeben hatte und wonach die NATO «keinen Zentimeter nach Ost» ausgeweitet werden sollte. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatte die NATO 16 Mitglieder, jetzt sind es 30, und das NATO-Gebiet hat sich ausgeweitet bis unmittelbar an die Grenzen Russlands. Wer vermag zu glauben, dass dies Russland nicht beunruhigt? Mehr noch: Im vergangenen Jahr organisierte die NATO entlang der russisch-norwegischen Grenze das grösste Manöver seit Ende des Kalten Krieges, an dem mehr als 50 000 Soldaten teilnahmen. Begleitet wurde das Manöver von einer gewaltigen Armada von Kriegsschiffen und Luftstreitkräften. Es ist nicht bekannt, mit welchen Arten von Waffen die Flugzeuge und Kriegsschiffe ausgerüstet waren. Spielten Nuklearwaffen eine Rolle in den Szenarien dieser Kriegsspiele? Spielte die NATO-Doktrin vom Ersteinsatz von Nuklearwaffen eine Rolle bei diesen Übungen? Angesichts des oben Gesagten stellt sich die Frage, ob der Einsatz von «Nuklearwaffen in Antwort auf bedeutsame nicht-nukleare Angriffe» – der russischen Seite – geübt oder zumindest simuliert wurde.

Wer bedroht wen?

Russland und sein Präsident Putin werden immer wieder als die grosse Bedrohung des Westens bezeichnet – so wie es der Kommunismus in den alten Zeiten war. Doch was heisst dies, wenn wir die Rüstungsanstrengungen beider Seiten betrachten? Im Jahr 2018 haben die USA 623 Milliarden Dollar für Rüstung ausgegeben, Russland 62. Russland hat sogar seine Ausgaben von 80 Milliarden im Jahr 2016 auf besagte 62 im Jahr 2018 reduziert. Dies sind Signale – wie aber reagiert der Westen? Die NATO-Ausgaben übersteigen insgesamt bei weitem 1000 Milliarden US-Dollar.

Angefügt sei: Wenn Deutschland das Ziel von 2 Prozent des BSP für Rüstungsausgaben erreicht, wird es bei rund 80 Milliarden liegen – weit über den derzeitigen Militärausgaben Russlands!

Selbst wenn zugestanden werden muss – und dies ist leider sehr wahrscheinlich – dass Russland gerade aufgrund seiner vergleichsweise wirtschaftlichen Schwäche massiv in die – billigeren – Atomwaffen investieren wird, ist eines klar:

Die Digitalisierung der Kriegführung erhöht die Gefahr für die Menschheit. Die Zeit für Entscheidungen – und deren Korrektur – wird kürzer, sie wird an Maschinen übertragen. Allein dies wäre ein weiterer Grund für Abrüstung und Vertrauensbildung – es sei denn, man hält einen Atomkrieg für gewinnbar.

Vertrauensbildung ist unabdingbar

(...) In dieser Situation fällt den europäischen Staaten eine besondere Verantwortung zu – und gemeint sind hier die Staaten des europäischen Kontinents vom Atlantik bis zum Ural. Es kann und darf nicht sein, dass dieser Kontinent zum nuklearen Schlachtfeld einer US-Expansion in der gesamten nördlichen Hemisphäre wird. Vertrauensbildung, Abrüstung, Ent-Nuklearisierung, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit, wie sie in der Charta von Paris, dem Schlussdokument des KSZE-Prozesses, am Ende des Kalten Krieges als Politikziele festgeschrieben worden waren, sind der einzige Weg, der aus der derzeitigen Paranoia herausführen kann, die die Anmassung besitzt, sich «Sicherheitspolitik» zu nennen.

Der Ausgangspunkt einer solchen rationalen Politik, die die existentiellen Rechte und Interessen der Menschheit zum Ausgangs- und Zielpunkt macht, kann nur und muss das kontinentale Europa sein.

Militär und militärische Allianzen, die sich wechselseitig bedrohen, werden niemals Sicherheit schaffen. Sicherheit kann es nur geben, wenn der Andere, gerade auch der potenzielle Gegner, sich sicher fühlen kann.

Daher gilt: Nein zum Krieg heisst immer auch «Nein zur NATO!».

Werner Ruf, Jahrgang 1937, ist Professor für Internationale Politik an der Universität Kassel im Ruhestand. Seine Arbeit umfasst Lehrtätigkeiten in den USA und Frankreich ebenso wie Forschungsaufenthalte in Nordafrika. Quelle: rubikon.news

Europa muss selbst aktiv werden

Nach Kündigung des Washingtoner Vertrages über nukleare Mittelstreckensysteme sollte Europa für den Frieden aktiv werden, meint auch der Hamburger Publizist Kai Ehlers. Den Vertrag zu erneuern, so wie er als Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion seinerzeit geschlossen wurde, käme der Erneuerung einer geplatzen Illusion gleich, schreibt Ehlers in rubikon.news. Nötig wäre dagegen ein neuer Rüstungskontrollvertrag zwischen Russland und der Europäischen Union. Dieser hätte die Aufstellung von landgestützten Mittelstreckenraketen zwischen Russland und der EU zu untersagen und unter ein klares Kontrollregime dieser beiden Seiten zu stellen. Seine Aufgabe bestünde darin – unabhängig von der strategischen globalen Situation – der weiteren Entfremdung zwischen der EU und Russland entgegenzuwirken, indem durch ihn endlich die Vorschläge eines einheitlichen Sicherheitsraumes von Lissabon bis Wladiwostok aufgegriffen würden.

«Letztlich ist aber klar, dass eine solche Politik nur möglich ist, wenn sie von einer aktiven Friedensbewegung aus der Mitte der Bevölkerung getragen wird», unterstreicht Ehlers.



argus

«Argus», der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung, ist am 18. Juni 2018 gegründet worden. Er trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

«Argus» ist eine Plattform für aktive Meinungsbildung, wo friedensrelevante Themen selber bearbeitet, eigene Forschungen gemacht und Resultate kontrovers diskutiert werden.

Der Diskussionsclub ist parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral und einzig und allein der

Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Er ist offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

Name
Vorname
Strasse, Nr
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL

FRIEDEN. GERECHTIGKEIT. MENSCHENWÜRDE.

DIE VÖLKER, DIE AUF UNSEREM WELTKONGRESS DER KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN VERTRETEN SIND, VERKÜNDEN: WIR SIND FÜR DIE CHARTA DER VEREINigten NATIONEN, GEGEN ALLE MILITÄRABHÄNGIGKEITEN, WIR SIND GEGEN DIE ERDRÜCKENDE LAST DER MILITÄRAUSGABEN, DIE DAS ELENDE DER VÖLKER ZUR FOLGE HABEN, WIR SIND FÜR DAS VERBOT DER ATOMWAFFEN UND DER ANDEREN MASSENVERNICHTUNGSWAFFEN, WIR KÄMPFEN FÜR DIE NATIONALE UNABHÄNGIGKEIT UND DIE FRIEDLICHE ZUSAMMENARBEIT ALLER VÖLKER UND FÜR DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER VÖLKER ALS WESENTLICHE BEDINGUNG FÜR FREIHEIT UND FRIEDEN. WIR WENDEN UNS GEGEN JEDES UNTERNEHMEN, WELCHES, UM DEN KRIEG DEN WEG ZU BEREITEN, DARAUFGERICHTET IST, DIE DEMOKRATISCHEN FREIHEITEN EINZUSCHRÄNKEN UND SIE SCHLIESSLICH ZU BESEITIGEN. WIR ERRICHTEN DIE ALLUMFASSENDE FRONT FÜR DIE VERTEIDIGUNG DER WAHRHEIT UND DER VERURTEILT, UM DIE PROPAGANDA, DIE DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG DEM KRIEG GENEIGT MACHT, ZUR OHNMACHT ZU VERURTEILEN. WIR VERURTEILEN DIE KRIEGSHYSTERIE, DAS FREDIGEN VON RASSEHASS UND FEINDSCHAFT ZWISCHEN DEN VÖLKERN, WIR FORDERN, DASS DIE PRESSEORGANE, DIE LITERARISCHEN UND DIE FILMZEUGNISSE SOWIE DIE PERSÖNLICHKEITEN UND DIE ORGANISATIONEN, DIE PROPAGANDA FÜR EINEN NEUEN KRIEG MACHEN, ANGEPRÄNGERT UND VERURTEILT WERDEN. MÖGEN DIE FRAUEN UND MÜTTER, DIE DIE HOFFNUNG DER WELT TRAGEN, WISSEN, DASS WIR ES ALS HEILIGE PFLICHT BETRACHTEN, DAS LEBEN IHRER KINDER UND DIE SICHERHEIT IHRER HEIME ZU VERTEIDIGEN, MOGE DIE JUGEND UNS HÖREN UND SICH OHNE UNTERSCHIED POLITISCHER MEINUNGEN ODER RELIGIÖSER GLAUBENSBEKENNTNISSE ZUSAMMENSCHLIESSEN, UM DIE LEUCHTENDEN BAHNEN DER ZUKUNFT VOM MASSEMÖRD ZU BEFREIEN. DER WELTKONGRESS DER KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN VERKÜNDET LAUT, DASS DIE VERTEIDIGUNG DES FRIEDENS NUN ZUR ANGELEGENHEIT ALLER VÖLKER GEWORDEN IST, IM NAMEN VON 600 MILLIONEN MÄNNERN UND FRAUEN, DIE IHRE VERTRETER ENTSANDT HABEN, RICHTET DER WELTKONGRESS DER KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN EINE BOTSCHAFT AN DIE VÖLKER DER ERDE UND SAGT IHNEN: «KÜHNHEIT UND NOCHMALSKÜHNHEIT» WIR HABEN ES VERSTANDEN, UNS ZUSAMMENSCHLIESSEN, WIR HABEN ES ZU WEGE GEBRACHT, UNS ZU VERSTEHEN, WIR SIND BEREIT UND ENTSCHLOSSEN, DEN KAMPF FÜR DEN FRIEDEN, D. H., DEN KAMPF FÜR DAS LEBEN, ZU GEWINNEN. DAS DEM MANIFEST DES WELTKONGRESSES DER KÄMPFER FÜR DEN FRIEDEN, PARIS, APRIL 1949

1949 - 2019
70 JAHRE SCHWEIZERISCHE FRIEDENSBEWEGUNG SFB
SCHWEIZERISCHE FRIEDENSBEWEGUNG, POSTFACH 2113, 4001 BASEL

Jubiläumsfeier 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung

21. September 2019 | 16.00 - 22.00 Uhr | Schmiedenhof, Rümelinsplatz | Basel

16.00 Podium mit internationaler Beteiligung

Vor welchen Herausforderungen steht die europäische Friedensbewegung heute?

Mit **Felipe Ferreira Portugal**,
Vizepräsident der Portugiesischen Friedensbewegung |
Conselho Português para a Paz e Cooperação
Seyhan Karakuyu Schweiz, Vorstandsmitglied SFB
Hermann Kopp Deutschland,
Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung
Magdalena Küng Schweiz, Sekretärin GSoA
Dr. Patrice Salzenstein Frankreich,
Leitungsmittglied der Französischen
Friedensbewegung | **Mouvement de la Paix**
Andreas Zumach, Journalist (Moderation)

18.00 Buchvermissage
Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde.
70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung

18.30 Vorstellung des
Jubiläumspaketes und Prämierung

19.00 Apero mit Grussbotschaft von **Iraklis Tsavdaridis**,
Exekutivsekretär des Weltfriedensrates

20.00 Musikprogramm
Chor **Linksdrall** Bern
in Abwechslung mit
Duo Encuentro
Gabriel Vergelin, Violoncello |
Carlos Diaz, Gitarre und Gesang

Vor der Jubiläumsfeier treffen sich die europäischen Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates in Basel unter dem Vorsitz von Ilda Figueiredo (Präsidentin Conselho Português para a Paz e Cooperação, Portugal) zu ihrer periodischen Koordinationsitzung. Die meisten der Delegierten werden auch der Jubiläumsfeier beiwohnen und für Begegnungen und Gespräche zur Verfügung stehen.

28.12.19

Eintritt frei(willig)

Siebzig Jahre Schweizerische Friedensbewegung Mit Nachdruck für den Frieden

Am 21. September feiert die Schweizerische Friedensbewegung in Basel ihren 70. Jahrestag. Von ihrer Gründung am 24./25. September 1949 ziehen sich ihr Kampf gegen den Atomtod, ihr Einsatz für Völkerfreundschaft, Zusammenarbeit, Solidarität und Selbstbestimmung, für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenwürde als nachhaltige Konstanten bis in die Gegenwart.

Von Martin Schwander

In Buchenwald hatten es sich die Überlebenden des nationalsozialistischen Konzentrationslagers nach ihrer Selbstbefreiung geschworen: «Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.»

Der «Schwur von Buchenwald» hallte nach und wurde in der Folge mit diesen und andern Worten tausendfach geschworen. Überall auf der Welt waren sich Menschen durch alle Schichten hindurch einig: Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg.

Dass vorab engagierte Antifaschisten und Kommunisten daran gingen, diesen Schwüren auch praktische Folge zu leisten, war nicht zufällig: Sie hatten klare Vorstellungen über die systembedingten Wurzeln von Krieg und Aggression und waren sich bewusst, dass ein Systemwechsel nur über eine Welt des Friedens zu erreichen sei. Der Kampf für sozialen Fortschritt, für die Souveränität der Völker, für die Würde jedes einzelnen Menschen war für sie von Anbeginn an untrennbar verbunden mit dem Kampf um Frieden, mit dem Kampf um Abrüstung und letztendlich für eine Welt ohne Waffen. Sie waren für den Frieden, weil sie für den Sozialismus einstanden und sie standen für den Sozialismus ein, weil sie den Frieden wollten.

Aus den bitteren Erfahrungen der Vorkriegszeit und der fehlenden Einheit im Kampf gegen den Faschismus hatten sie aber auch gelernt: Nur eine breitestmögliche Front kann die Kräfte des Krieges zurückbinden, und diese breite Front muss allen Menschen eine Heimat geben, die bereit sind, sich für eine friedliche Welt einzusetzen, aus welchen weltanschaulichen,

religiösen oder persönlichen Motiven auch immer.

Ein Schweizer Vorschlag

1946 formuliert der Basler Rechtsprofessor Arthur Baumgarten, wohl im Namen der frisch gegründeten Partei der Arbeit der Schweiz, einen Vorschlag an die Genossen von der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) zur Abhaltung eines Friedenskongresses in Basel.

«In einer sozialen Situation, in der ein Mann wie Churchill keine Angst davor hat, offen auf der Seite derer zu stehen, die auf Krieg drängen, ist es wichtig... dass eine Kampagne von grösstem Ausmass gegen den Krieg geführt wird. Ein Friedenskongress wäre unserer Meinung nach ein wichtiger Teil dieser Aktion, die unverzüglich durchgeführt werden muss... Es geht weniger darum, so viele Vertreter von Friedensorganisationen wie möglich zusammenzubringen und sprechen zu lassen, obwohl sie eingeladen werden sollten, ihre Delegierten zu entsenden. Vielmehr sollte eine kleine Anzahl von Persönlichkeiten, die allgemein als Vertreter von Wissenschaft, Kultur und moralischem Gewissen anerkannt sind, in wenigen Worten im Namen ihres Humanismus, aber auf beeindruckende Weise erklären, was ein Dritter Weltkrieg wäre und was diese Perspektive mit der gegenwärtigen Entwicklung der Menschheit unvereinbar macht. Der von uns geplante Kongress würde diesen Effekt erzeugen und in aller Klarheit den Weg entlarven, auf den verantwortungslose Elemente die Menschheit drängen: Ein Weg, der unter keinen Umständen und unter keinem Vorwand verfolgt werden darf.»

Für Baumgarten müsste ein solcher Kongress einen Teil seiner Ar-

beit einer umfassenden Kampagne gegen den Krieg widmen. «Sie wäre gewissermassen der Beginn einer internationalen Friedensaktion, der sie den notwendigen ersten Impuls geben würde.» Man könne sich fragen, fuhr er fort, «ob es wünschenswert ist, diesen Kongress in der Schweiz abzuhalten, hat unser Land seit dem Aufkommen des Faschismus doch viel von seinem Prestige verloren. Was für die Schweiz spricht ist ihre Lage im Herzen Europas und die Tatsache, wenn man das so ausdrücken will, dass es sicher nicht ungünstig wäre, mitten in einer ungenügend erhellten Gegend ein Leuchtfeuer anzufachen. Was die Wahl Basels betrifft, so sei daran erinnert, dass der Kongress der Zweiten Internationale von 1912, der darauf abzielte, Krieg durch Aktionen der Arbeiterklasse zu verhindern, in dieser Stadt stattgefunden hatte. Mit der Wahl Basels für den von uns geplanten Kongress möchten wir die Aufmerksamkeit auf die seit 1912 erreichten sozialen Veränderungen lenken, die bei den Weitsichtigsten die Hoffnung wecken könnten, dass der zweite Versuch der Friedenssicherung erfolgreicher sein wird als der erste.»

Bevor man nun an die Konstituierung eines Initiativkomitees gehe, müsste die Gewissheit erlangt werden, dass die Französische Kommunistische Partei die Idee des Kongresses unterstützt, unterstreicht Prof. Baumgarten in seinem Projektpapier. «Und es wäre besonders erfreulich, wenn einer der grossen französischen Wissenschaftler und Parteimitglied sich dazu entschliessen könnte, diesem Komitee beizutreten.»

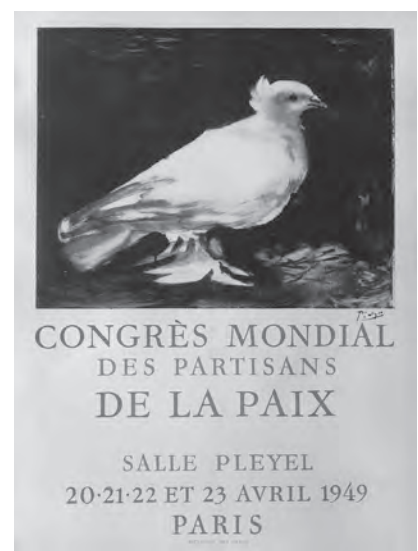
Das Treffen von Wroclaw

Wir wissen nicht, ob Baumgartens Entwurf an die Französische KP weitergeleitet worden und welchen Weg seine Idee schliesslich gegangen ist. Zwei Jahre später aber, im August 1948, laden französische und polnische Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler Kultur- und Geistes-schaffende unterschiedlicher Welt-

anschauungen und politischer Überzeugungen aus der ganzen Welt ins kriegsversehrte Wroclaw ein. Im Zentrum des Gedankenaustausches, an dem aus der Schweiz u.a. Max Frisch und Hans Erni teilnahmen, sollte stehen, wie der ständig grösser werdenden Kriegsgefahr wirksam begegnet werden könne. Entstanden daraus ist wenige Monate später tatsächlich, wie Baumgarten dies angeregt hatte, die grösste zivile Friedensaktion in der Geschichte der Menschheit: die Abhaltung des Pariser Kongresses der Kämpfer für den Frieden und die damit verbundene Gründung der Weltfriedensbewegung.

Pariser Kongress

Vom 20. – 23. April 1949 trafen sich in Paris Tausende von Friedenskämpfern aus aller Welt, um auf einem grossen Kongress ihren Willen kundzutun, die Menschheit von der Geissel des Krieges zu befreien. Sie trafen sich über alle politischen Ansichten, Weltanschauungen und religiösen Glaubensbekenntnisse hinweg, entschlossen



Pablo Picasso's erste Friedenstaube für die Weltfriedensbewegung: Das offizielle Plakat des «Weltkongresses der Friedenspartisanen (Kämpfer für den Frieden)» von 1949

sen, den Kampf für den Frieden, den Kampf für das Leben zu gewinnen.

Angesichts der Gefahren, die der Welt nur kurze Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges bereits wie-

der drohten, schoben sie beiseite, was sie trennen könnte. Nicht die Ansichten, welche die einen oder die andern über den Ursprung dieser Gefahren hatten, standen im Vordergrund, sondern dass die Drohung tatsächlich besteht und nur der gemeinsame Kampf aller Völker einem dritten und diesmal finalen Weltkrieg Einhalt zu bieten vermag.

Mit diesem Gedanken der Einheit im Friedenskampf kamen vor 70 Jahren auch die Schweizer Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Pariser Kongress in ihr Land zurück: Die Pariser Plattform – das Ringen um Frieden und soziale Gerechtigkeit, um Freiheit und Menschenwürde verstanden als untrennbare Teile ein und desselben Kampfes – bot in der Schweiz insbesondere Christen und Marxisten eine breite und solide Basis für gemeinsames Handeln. Vor siebzig Jahren nicht anders als heute.

Die Schweizer Friedenspartisanen

Bereits nach dem Kongress von Wroclaw und entsprechend den dort gefassten Beschlüssen hatten sich insbesondere in der Romandie Komitees von «Intellektuellen für den Frieden» formiert. Diese Komitees nannten sich nach dem Pariser Friedenskongress «Friedenspartisanen» und schufen bis im Herbst 1949 Ableger in verschiedenen Städten des Landes.

Am 24. und 25. September 1949 trafen sich die bereits bestehenden Gruppierungen aus Lausanne, Genf, Locarno, Basel, Zürich, La Chaux-de-Fonds und Luzern in der Brasserie du Faucon an der Rue St. Pierre in Lausanne zu ihrer ersten Nationalen Konferenz. Vorgängig hatte eine kleinere Gruppe die hauptsächlichen Chargen ausgemacht: Auf der Traktandenliste wurden Professor André Bonnard, der Hellenist aus Lausanne und Mitglied des Ständigen Komitees des Weltfriedenskongresses, und Professor Jean Hochstätter aus Genf bereits als Präsident resp. Generalsekretär der «Schweizerischen Friedenspartisanen» bezeichnet.

Leider haben wir keine Unterlagen gefunden, die Aufschluss geben würden über die im Lausanner «Falken»

Fortsetzung von Seite 5

unter dem Zeichen der Friedentau- be geführten Diskussionen. Auch die politische Polizei, sonst ein sprudelnder Quell von Berichten über derartige Versammlungen, war uns dabei keine Hilfe. Lediglich die Einladung zur Konferenz lässt uns ahnen, was im Zentrum der Debatten stand: Rolle der Schweiz im internationalen Kontext (Kriegshetze in der Schweiz, Neutralität und Waffenexporte, die kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit der übrigen Welt, die Unabhängigkeit der Schweiz und ihre kulturellen, wirtschaftlichen, politischen und militärischen Aspekte); Rolle und Ziele der Schweizerischen Friedenspartisanen und die objektiven Bedingungen ihres Kampfes; Möglichkeiten, Formen und Mittel ihrer Tätigkeit (auf dem Gebiet der Information und in ihren Aktionen unter den Massen).

Die Schweizerische Bewegung der Kämpfer für den Frieden, wie sie sich im deutschsprachigen Teil der Schweiz zunächst nannte, war zu Beginn ihrer Tätigkeit gerade durch ihre engen Verbindungen mit kirchlichen Gruppierungen und den gewerkschaftlichen, kulturellen und politischen Organisationen der Arbeiterbewegung bis in die Quartiere der Städte und in die Dörfer und Täler des Landes gut verwurzelt und vernetzt – und jene, die sich in irgendeiner Form für den Friedenskampf einsetzten, zählten zu Tausenden. Für den Stockholmer Appell beispielsweise, der das vollständige Verbot von Atomwaffen und andern Massenvernichtungsmitteln forderte, kamen so innert weniger Monate um die 250 000 Unterschriften zusammen – eine Erfolgsgeschichte, die zumindest numerisch in den Jahren danach nicht mehr wiederholt werden konnte.

Ausgrenzung im Kalten Krieg

Es war erklärtes Ziel des Kalten Krieges, den Einfluss der linken Kräfte in der Arbeiterschaft und der Bevölkerung ganz allgemein zurückzubinden: durch Propaganda, Verleumdungskampagnen und plumpe Repression. Die Friedensbewegung, die sich dem Kalten Krieg schon allein aus friedenspolitischen Erwägungen entgegen stemmte und sich gegen die Verfechtung vermeintlicher Feinde und die Kriegshetze in den Medien zur Wehr setzte, geriet damit selbst ins bevorzugte Visier der Kalten Krieger: Auftrittsverbote ausländischer Referenten, die Beschlagnahme von Filmen, Büchern und Broschüren, das Aushängeverbot von Plakaten, die Verweigerung von Versammlungsorten, die Ausgrenzung durch andere Friedensorganisationen blieben nicht ohne Folgen für ihre Breite, ihr Gewicht und ihren Einfluss. Den sozialdemokratisch beeinflussten

Friedensgruppen gelang es Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre gar, die Schweizerische Friedensbewegung auf ihrem ureigenen Terrain, dem Kampf gegen die atomare Rüstung, aussen vor zu halten: Ihren Aktivisten wurde etwa in Basel selbst die Abgabe von Unterschriftenbögen für die Initiative gegen die atomare Bewaffnung der Schweizer Armee verweigert.

Solidarität in alle Himmelsrichtungen

Organisatorische Schwächen der Friedensbewegung selbst, aber auch die merkliche Verlagerung der Prioritäten in der politischen und gewerkschaftlichen Linken, die dem Friedenskampf oft nur noch deklamatorische Unterstützung gewährte, führten zu einem kompletten Einbruch ihrer Tätigkeit in der Romandie und zu einer Verlagerung ihres Zentrums nach Basel.

Es ist Joe Stebler und seinem solide gesponnen Netzwerk in breite soziale, kulturelle und selbst politische Kreise hinein zu verdanken, dass die Friedensbewegung als Organisation diese Krise nicht nur überstand sondern frisch erstarkte. Vielen Menschen sind aus dieser Zeit die markanten Zeichen der Solidarität in Erinnerung, die die Friedensbewegung unter der Leitung von Joe Stebler zunächst als «Basler Friedenskomitee» und später als «Schweizerische Friedensbewegung SFB» zu setzen begann: die Aktion «Eine Million Bleistifte für Vietnams Kinder» etwa, die Entsendung von Dutzenden von Containern mit Hilfsgütern nach Vietnam, die Lada-Geländefahrzeuge, die zu Ambulanzen umgebaut nach Hanoi verschifft werden konnten oder die 50 Boote, die von der Friedensbewegung nach verheerenden Überschwemmungen im Mekong-Delta für die betroffene Bevölkerung beschafft wurden.

Solidarität wurde in alle Himmelsrichtungen entboten, an Völker, Länder, Organisationen, verfolgte Einzelpersonen. Als Joe Stebler 1994 starb, meinte der damalige Ehrenpräsident des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, in einem Nachruf: «Das Basel von Hans wurde zu einem Zentrum der Solidarität; von dort ging konkrete Hilfe an jedes Volk aus, das in seinem Kampf für Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und Befreiung Unterstützung und Ermutigung benötigte.»

Die rasch wachsenden Aktivitäten der SFB, insbesondere der Einsatz gegen die Neutronenbombe Ende der siebziger Jahre, drängten nach einer eigenen Informationsplattform. Dieses Bedürfnis nach Information und eine zunehmende Bereitschaft in einem Teil der Bevölkerung, andere Sichtweisen auf die weltpolitische Situation überhaupt zur Kenntnis zu nehmen bewegten die Friedensbewegung Ende 1977 schliesslich zur Publikation einer eigenen Zeitung: Im

Januar 1978 erschien «Unsere Welt» zum ersten Mal und wird nun bereits im 42. Jahrgang herausgegeben.

Basel und die Welt

Mit der Verlegung der SFB nach Basel zu Beginn der siebziger Jahre wurden auch die Kontakte zur Weltfriedensbewegung wieder intensiviert.

Für den Weltkongress der Friedenskräfte, der 1973 vom 25. – 31. Oktober in Moskau stattfand, gelang es Joe Stebler als Delegationskoordinator, eine 36-köpfige Delegation zusammenzustellen, die in ihrer Meinungsvielfalt einmalig war und ein gewisses Tauwetter innerhalb der schweizerischen Friedens- und Solidaritätsorganisationen signalisierte.

Als Teil der Vorbereitung des Moskauer Kongresses organisierte die SFB vom 22. – 24. Juli 1973 in Basel ein internationales Treffen zum Thema «Abrüstung», mit Vertretern von 16 NGO's, 20 nationalen Friedensbewegungen, 3 wissenschaftlichen Instituten und der UNO. Aus der Schweiz nahmen 14 Personen teil, darunter die Nationalratsmitglieder Arthur Villard und Nelly Wicky, Fritz Tüller von der Internationale der Kriegsdienstgegner, Joe Stebler vom Basler Friedenskomitee, Andreas Lutz vom Schweizerischen Friedensrat, Marcelle Corswant für die Internationale Demokratische Frauenföderation und der Gründer der Ecole instrument de la paix Jacques Mühlenthaler.

In seinem Schlusswort führte der Generalsekretär und spätere Präsident des Weltfriedensrates, Romesh Chandra, unter anderem aus: «Verschiedene Weltanschauungen und Religionen trafen sich hier. Vor drei Jahren wäre das noch nicht möglich gewesen. Es gab auch in der Friedensbewegung einen kalten Krieg. Wir haben ihn überwunden. Wir sind stolz darauf, dass wir nicht alle eine Meinung haben.»

Das Tauwetter hielt, zumindest in der Schweiz, nicht lange an: Die explizit international ausgerichtete, der Weltfriedensbewegung verpflichtete Schweizerische Friedensbewegung lief mit ihren Angeboten für eine gleichberechtigte, respektvolle Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe bei jenen Organisationen immer öfter ins Leere, die sich auf ihre nationalen und in erster Linie innenpolitischen Projekte konzentrierten. Das sollte sich erst wieder ändern, als nach einer relativen Entspannungsperiode sich der Fokus der Menschen durch das nukleare Säbelrasseln der USA und der NATO Ende der 70er, anfangs der 80er Jahre wieder stärker auf die drohende internationale Kriegsgefahr zu richten begann.

Fehlender Organisations-Egoismus

Als der NATO-Beschluss, in Europa nuklear bestückte Mittelstreckenraketen zu stationieren, einen atomaren Holocaust plötzlich als realistisches Szenario vor der eigenen Haustüre erscheinen liess, zeigte die SFB selbstbewusste Präsenz. Der von ihr lancierte «Schweizer Appell für Frieden, gegen den Atomtod» erhielt spontane Aufnahme bei vielen Einzelpersonen und Gruppen und wurde über 150 000 mal unterzeichnet, und die beiden grossen Friedenskundgebungen von 1981 und 1983 in Bern wie die eindrücklichen Ostermärsche im Basler Dreiecksland – jeweils unter massgeblicher Mitorganisation der SFB – machten deutlich, dass nicht nur die Besorgnis der Bevölkerung über einen möglichen nuklearen Schlagabtausch gewachsen war, sondern auch ihre Bereitschaft zum Widerstand.

Organisatorisch konnte die Schweizerische Friedensbewegung wie schon beim Stockholmer Appell 1950 auch aus dem Grosseffort des «Schweizer Appells» keinen Nutzen ziehen: Es gelang ihr nicht, die vielen individuellen Unterschriftensammle-

Willkommen in Basel • Bienvenus à Bâle • Benvenuti a Basilea • Bienvidos a Basileia • Bienvenidos a Basilea • Καλώς ήρθατε στη Βασιλεία • Welcome to Basel • Добро пожаловать в Базель • Welkom in Basel • Dobrodošli u Bazel • Vítejte v Basileji

Weltfriedensrat tagt in Basel

Am 21./22. September 2019 treffen sich die europäischen Mitgliedsorganisationen des Weltfriedensrates zu einer Koordinationssitzung mit dem WFR-Sekretariat. Wir heissen die Delegierten zu diesem Treffen herzlich willkommen und wünschen ihnen eine erfolgreiche Tagung.

Am 21. September sind die ausländischen Delegationen ab 16.00 Uhr als Gäste auch an der Jubiläumsfeier der Schweizerischen Friedensbewegung im Basler Schmiedenhof zugegen (siehe Seite 5).

rinnen und -sammler und regionalen adhoc-Gruppen mit weiteren Aktivitäten näher an sich heranzuführen und sie nachhaltig für die Friedensbewegung zu interessieren. Ursache dafür war aber weniger organisatorisches Unvermögen als das traditionelle und von Joe Stebler achtsam gehütete Selbstverständnis einer Bewegung, der es nie um sich selbst, sondern – alleine oder im Bündnis – immer um die Sache gegangen ist, 1950 wie 1982 oder später, für den Beitritt zur UNO, bei der Lancierung der Schweizer Friedensinitiative, der Petition gegen die Beschaffung von F/A 18 Kampffliegern, für das Recht auf Dienstverweigerung und einen Zivildienst, gegen die Anti-Personenminen, für eine Schweiz ohne Armee, gegen die Waffenexporte, für den Austritt aus der NATO-Partnerschaft, für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbots.

Diese enge Zusammenarbeit zwischen der Schweizerischen Friedensbewegung und dem Weltfriedensrat wirkte sich auch auf ihre Vertretung in den Weltfriedensrats-Gremien aus. Verschiedentlich nahmen in der Folge wie einst Professor André Bonnard Repräsentanten der Friedensbewegung Einsitz im Ratspräsidium (Dr. Max Habicht, Dr. Franz Keller, Joe Stebler, Martin Jäggi) und die Ratsdelegation selbst wurde auf 10 Mitglieder ausgeweitet. Die Ratsstagung am Rande der Prager «Weltversammlung für Frieden und Leben, gegen Atomkrieg» vom 21. – 26. Juni 1983 wählte «einstimmig und mit Applaus» das langjährige Ratsmitglied, den Mitbegründer des Hilfswerkes der Evangelischen Kirchen der Schweiz und Sekretariatsmitglied der Schweizerischen Friedensbewegung Pfarrer Dr. Heinrich Hellstern, zum Ehrenpräsidenten des Weltfriedensrates, eine Ehre, die er mit Hortensia Allende, Dolores Ibarruri, Gusta Fucikova und Dr. Martin Niemöller teilte.

Zwischen 1984 und 1990 ist die Schweizerische Friedensbewegung mit Philipp Spillmann und Zina China gar hauptamtlich im politischen und administrativen Sekretariat des Weltfriedensrates in Helsinki tätig. An der Basler Ratsstagung vom Juni 1993 wird die SFB erstmals in das Exekutiv-Komitee des Weltfriedensrates gewählt, eine Wahl, die nach einer zwischenzeitlichen Zurückhaltung in den Beziehungen auf dem Kongress des Weltfriedensrates vom 20. November 2016 im brasilianischen Sao Luis do Maranhão erneuert wird.

Das Buch zum Jubiläum

Ein reich illustriertes Paperback «Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung» (Verlag SFB, Basel 2019) zeichnet auf 464 Seiten die bewegte Geschichte von den Friedenspartisanen bis zur heutigen SFB nach, von ihren Wurzeln bis zur Gegenwart. Zurückgegriffen wird dabei auf SFB-eigene Dokumente und Publikationen, auf die Äusserungen ihrer Repräsentanten, auf ihre Aktivitäten – ebenso wie auf Quellen ihrer Kontrahenten, speziell bei der politischen Polizei. Denn die Geschichte der Schweizerischen Friedensbewegung ist von Anfang an halt eben auch eine Geschichte des Kalten Krieges, des Überwachungsstaates und der Repression. Und entsprechend natürlich des Widerstandes, der Solidarität.

Vor allem aber ist sie eine Geschichte engagierter, wunderbarer, dem eigenen Leben, dem Leben ihrer Mitmenschen und der Welt zugewandter Persönlichkeiten.

Zwei besondere Anhänge runden das Buch ab und führen wieder zurück zu den Wurzeln: Ein längst der Vergessenheit anheim geratenes Essay von Anna Seghers über den Vorabend des Pariser Friedenskongresses von 1949 und ein Auszug aus dem Picasso-Buch «Für den Tag gedruckt» von Katja Herlach über die Arbeit des grossen spanischen Künstlers für die französische und die Weltfriedensbewegung.



Basler Antirassismus-Kongress von 1978

Internationale Kongresse

In der Weltfriedensbewegung selbst blieb Basel beliebter Versammlungsort. So richtete die Schweizerische Friedensbewegung in enger Zusammenarbeit mit dem Sekretariat des Weltfriedensrates und dessen grossem administrativen Apparat vom 18. – 21. Mai 1978 in der Basler Mustermesse die erste nichtstaatliche Weltkonferenz zur Ausmerzung des Rassismus und der Rassendiskriminierung aus, vom 4. – 6. Mai 1979 im Volkshaus eine Internationale Solidaritätskonferenz mit dem Volke Palästinas, der am 22. Februar 1980 ebenfalls in Basel die Gründung des Internationalen Solidaritätskomitees für das Palästinensische Volk mit Romesh Chandra als Präsident und Mikis Theodorakis als Vizepräsident folgte, vom 26. – 27. Juni 1982 im Basler Hotel Europa die Internationale Konferenz über die israelische Invasion im Libanon und das Schicksal des libanesischen und palästinensischen Volkes, vom 13. – 14. April 1991 das europäische Regionaltreffen des Weltfriedensrates mit dem neuen Weltfriedensrats-Präsidenten Evangelos Maheras und vom 3. – 6. Juni 1993 im Basler Gewerkschaftshaus und im Tagungszentrum «Zum Lamm» gar die ordentliche Ratsstagung, die mit der Wahl von Albertina Sisulu zur Nachfolgerin von Maheras endet.



Das Buch zum Jubiläum

Martin Schwander, *Frieden. Gerechtigkeit. Menschenwürde. 70 Jahre Schweizerische Friedensbewegung 1949–2019*, Verlag SFB, Basel 2019. Paperback, 464 Seiten, illustriert. Fr. 28.– plus Porto. Bestellungen bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel Telefon: 061 261 02 89, Mail: buecher-waser@bluewin.ch

Friede dem Klima

SFB-Jahrestagung

Am 11. Mai 2019 kamen rund dreissig Mitglieder und Sympathisanten der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB) im Restaurant Rebhaus in Basel zur Jahrestagung zusammen.

Von Julia Hoppe

Die Sekretärin der Schweizerischen Friedensbewegung, Julia Hoppe, konnte zahlreiche Mitglieder und Interessierte begrüßen. Sie bedankte sich für die gute Mitarbeit und berichtete von steigenden Mitgliederzahlen sowie zunehmendem Interesse an der Arbeit der Friedensbewegung, auch in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen.

Ihren Rückblick auf das Jahr 2018/2019 stellte Julia unter das Motto «Zeit für Veränderung». In den kommenden Wochen werde es aus beruflichen Gründen bei ihr zu Veränderungen auf dem Sekretariat kommen. Die 20 Stellenprozent werden sich Jonas Jäggi, der bereits vor Julia das Sekretariat geführt hat, und Julia künftig jeweils teilen. Wobei Jonas sich vor allem um die Umsetzung und Aufgaben vor Ort in Basel kümmert und Julia den Bereich Kommunikation und Mitgliederbetreuung übernimmt.

Rückblickend auf das Jahr 2019 sei schon wieder einiges gelaufen, so die Sekretärin: «Selbstverständlich waren wir auch in diesem Jahr am Ostermarsch in Bern vertreten. Motto war in diesem Jahr «Frieden statt Krieg exportieren», ein Thema wie für uns gemacht. Die ersten Redaktionssitzungen fanden ebenfalls statt und bereits seit letztem Jahr sind Monika Waser, Fränzi Genitsch und Martin Schwander an der Planung unseres diesjährigen Jubiläums, welches gerade ziemlich konkrete Formen annimmt.» Anfangs Jahr stand unsere Arbeit jeweils «still». Im wahrsten Sinne des Wortes, mussten wir von zwei zentralen Personen der Schweizerischen Friedensbewegung Abschied nehmen: Louise Stebler und Martha Martin.

Im letzten Jahr beschäftigte die Friedensbewegung aber vor allem das Sekretariat die Versände. Zum 40. Jubiläum unserer Zeitung «Unsere Welt» gab es über das Jahr eine extra grosse Auflage (5000 anstatt 3000 Zeitungen), um die Parlamentarier auf nationaler sowie kantonaler Ebene über unsere Arbeit zu informieren. Der jährliche Weltfriedenstag am 21. September fand im letzten Jahr mit hochkarätigem Referenten, dem deutschen Journalisten Andreas Zumach, zum Thema «UNO vor dem Aus!?» im gut besuchten Schmiedenhof in Basel statt.

Über das Jahr hinweg wiederholen sich auch immer wieder Sitzungen, wie unsere Redaktionssitzungen, argus-Treffen oder die Versände, die ohne die Unterstützung der Mitglieder und Sympathisanten nicht möglich wären. «Auch an dieser Stelle von mir nochmal ein herzliches Dankeschön an alle, die uns auf verschiedenste Art und Weisen unterstützen!», beendete Sekretärin Julia Hoppe ihren Bericht.

Der verantwortliche UW-Redaktor Martin «Tinu» Schwander wies in seinem Bericht auf die Rolle hin, die unsere Zeitung in der laufenden Klimadebatte zu spielen hat: Wir müssen darauf hinwirken, dass der militärische Bereich und sein Anteil am Umweltdesaster vermehrt thematisiert werden. Da er sich selbst nach 25 Jahren Redaktionsarbeit allmählich von der UW zurückziehen möchte, wird der Vorstand an einer Retraite über die Zukunft und die Organisation der Zeitung diskutieren und mögliche Optionen der Fortführung prüfen.

Die Jahresberichte werden mit Applaus genehmigt.

Einstimmig genehmigt werden auch der Kassen- und der Revisoren-

bericht und dem Kassier Christoph Jäggi wird die Decharge erteilt und für seine Arbeit gedankt. Die Budgetvorstellungen für 2019/2020 werden genehmigt. Den Revisorinnen Anna-Lise Nicolodi und Magdalena Hohl wird für ihre wichtige und genaue Arbeit gedankt. Anna-Lise Nicolodi legt ihr Amt als Revisorin nieder und wird vom Sekretariat nochmals für ihre wertvolle Unterstützung in den letzten Jahren verdankt. Magdalena Hohl wird für das kommende Jahr wiedergewählt.

Jubiläumsfeier

Franziska Genitsch-Hofer, Sascha Genitsch, Christoph Jäggi, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Monika Waser, Sämi Wanitsch, Martin Schwander, Julia Hoppe und neu Seyhan Karakuyu werden in globo in den Vorstand gewählt. Julia Hoppe und neu Jonas Jäggi werden als Sekretäre bestätigt.

Des Weiteren beschliessen die Anwesenden einstimmig über die Einreichung der Resolution «Friede dem Klima – Luftwaffe grounden», die Martin Schwander kurzfristig vorbereitet hat (siehe Titelseite).

Im Zentrum dieses Jahres stehen vor allem die Festlichkeiten zum 70. Geburtstag der Schweizerischen Friedensbewegung am 21. September in Basel, worüber Monika Waser, Fränzi Genitsch und Martin Schwander informieren. Zum Abschluss der Versammlung und zur Einstimmung ins Jubiläumsjahr wurde der Kurzfilm von Louis Daquin «Congrès mondial des partisans de la paix» aus dem Jahr 1949 über den Pariser Friedenskongress im Salle Pleyel gezeigt.

Neu im Vorstand
Seyhan Karakuyu

Die Jahresversammlung der SFB wählte die 26jährige Baslerin Seyhan Karakuyu neu in den SFB-Vorstand. Wir haben mit ihr gesprochen.

Seyhan, erzähle uns bitte etwas über deinen bisherigen Werdegang, deine Familie, die Ausbildung.

Meine Eltern stammen aus dem Südosten der Türkei, ich bin kurdisch mütterlicherseits und türkisch väterlicherseits. Wenn man die Religion miteinbeziehen möchte, sind wir alevitischer Abstammung. Meine Eltern kamen in den frühen 90ern in die Schweiz, wo ich 1993 geboren wurde. Meine eigentliche Ausbildung war die KV-Lehre, danach habe ich die kantonale Matur absolviert und werde im September an der Uni Politikwissenschaften und Nahoststudien belegen.

Du bist Co-Präsidentin der Kommunistischen Jugend Schweiz. Wie bist Du politisiert worden und warum bist Du gerade in der KJ aktiv?

Nach dem Militärputsch unter Kenan Evren ging die türkische Regierung verstärkt gegen die Opposition vor, mit Repression und Folter. Die massive Einschränkung der Menschenrechte und der Demokratie drängte vor allem politisch engagierte Menschen zur Flucht, so auch meine Eltern. Ich erinnere mich gut an die vielen politischen Veranstaltungen und Demonstrationen, an die sie mich in meiner Kindheit in der Schweiz mitgenommen haben. Dieses sozialistische Umfeld hat mich stark geprägt und mit 21 Jahren bin ich dann der Partei der sozialistischen Wiedergründung Türkei beigetreten, später der PdA Bern. Wieder in Basel beteiligte ich mich

2017 an der Wiedergründung der KJ als PdA-Jugendorganisation. Eine solche Organisation kann am besten auf die konkreten Konflikte eingehen, denen sich Jugendliche zu stellen haben, und mit ihnen gemeinsam den Kampf gegen Kapitalismus, Imperialismus, Faschismus, Rassismus und Sexismus führen.

Irgendwann auf Deinem Weg bist Du auch zur Friedensbewegung gestossen. Was bedeutet für Dich die Friedensarbeit?

Durch die Kontakte, welche die Partei mit der SFB in Basel pflegt, bin ich der Friedensbewegung beigetreten. Die SFB war zudem mit Martin Schwander auch am Gründungskongress der Kommunistischen Jugend Schweiz anwesend.

Für mich ist Friedensarbeit ein bedeutender Teil jeglichen Aktivismus, da genau das, wogegen wir ankämpfen durch Kriege aufrechterhalten wird. Krieg ist das Schrecklichste und um dagegen zu sein hat man viele Gründe, deshalb ist es wichtig in Friedensorganisationen aktiv zu sein, wo Menschen aus verschiedenen Bewegungen oder einfach verschiedenen individuellen Ansichten für den Frieden zusammenarbeiten, was auch schön zu sehen ist.

Viele Jugendliche engagieren sich, beispielsweise in der Klimabewegung, in der internationalen Solidarität, in politischen Bewegungen, aber eigentlich – die Aktivistinnen und Aktivistinnen der GSoA mal ausgenommen – kaum in der Friedenspolitik. Hat das Problem von Krieg und Frieden im «Sorgenbarometer» der Jugendlichen nur einen geringen Stellenwert?

Diese Frage ist sehr berechtigt und deutet auf eine traurige Realität. Ich kann das nicht generell oder statistisch beantworten, aber vielleicht liegt es daran, dass eben diese politischen Bewegungen von jungen Generationen geführt werden, die nicht täglich mit Kriegsthemen konfrontiert waren und diesbezüglich privilegiert sind. Über die katastrophalen Zustände in den Meeren, wo unzählige Flüchtlinge ums Leben kommen, wird nicht täglich berichtet oder der Zusammenhang zwischen Flucht und Krieg wird zu wenig thematisiert. Wiederum bin ich froh, politische Jugendorganisationen zu sehen, sei es in der Schweiz oder unsere Schwesterorganisationen in den anderen Ländern, die antimilitaristische Kampagnen führen und die Wichtigkeit der Friedensarbeit aufzeigen. Natürlich hat die Klimathematik Vorrang, denn das System steuert auf die Zerstörung des Planeten hin, wo wir dann gar keine Welt mehr zu retten haben werden. Aber auch da muss es den Jugendlichen klar sein, dass die Kriegsproduktion einen riesigen Anteil an der Umweltverschmutzung und -zerstörung hat. Die Ursache dieser Desaster ist ein und dasselbe barbarische profitgierige Pack.

Du bist nun jüngstes Vorstandsmitglied einer traditionsreichen Organisation, die Mehrheit deiner Vorstandskolleginnen und -kollegen steht im Pensionierungsalter oder knapp davor. Wie gehst Du damit um?

Ich bin es gewohnt aus allen anderen türkisch/kurdischen oder schweizerischen Organisationen – ausser der Jugendorganisation – mit fast oder schon Pensionierten zu arbeiten.

Bisher macht es mir Spass und bereitet mir Freude, da ich viel lernen kann. Zudem ist es mir eine Ehre, mit Leuten, die effektive antimilitaristische, antifaschistische und antiimperialistische Aktionen durchgeführt haben, zusammenzusitzen. Doch wir müssen es schaffen, die Jugend wieder mehr einzubeziehen, damit der Kampf weitergeführt werden kann. Es ist wichtig die Erfahrungen, der älteren Generationen zu kennen und daraus zu lernen.

Wie Politik und Medien unsere Werte verraten

Die grosse Heuchelei

«Die grosse Heuchelei» von Jürgen Todenhöfer ist längst ein Bestseller, kann aber nicht genug empfohlen werden, meint Toni Mächtlinger.

Von Antoinette Mächtlinger

Der Autor, der seit über 50 Jahren die Krisengebiete der Welt bereist, ist aus den Medien bestens bekannt. Über seinen politischen Werdegang berichtet er in Kapitel 4, wo er über die Zeit der Nato-Nachrüstung in Europa schreibt: «Ich war in jenen Jahren rüstungskontrollpolitischer Sprecher der Regierungsparteien CDU/CSU. (...) Dem Imperialismus der USA habe ich in jenen Jahren zu wenig Beachtung geschenkt. Als Freund der USA, als Ehrenoberst und Ehren-Girlscout, war ich in dieser Frage blind. Wie die meisten meiner Kollegen in der CDU/CSU. Und in den anderen Parteien.» Heute noch profitiert Todenhöfer vom weiten Netzwerk, das er damals aufgebaut hat: Er trifft sich weiterhin mit Admiral Dennis Blair, Ex-Chefkoordinator der US-Geheimdienste unter Präsident Obama. Diesem hatte er 2010 als Bote ein «recht konkretes «Friedensangebot» der iranischen Regierung überbracht». Oder mit Richard Perle, dem «mächtigsten Befürworter des Krieges gegen den Irak», der heute recht ernüchert ist. Von Todenhöfer ist jedoch kein allgemeines US-Bashing zu erwarten! Wir sehen ihn begeistert durch die Lower East Side bummeln, mit seinem Sohn Frederic, der dort mehrere Jahre gewohnt hat.

Ein lesefreundliches Buch

In 21 Kapiteln, unterteilt in kurze Unterkapitel, berichtet Todenhöfer von seinen Erlebnissen und Gesprächen in den von Militärinterventionen betroffenen Ländern des Mittleren Ostens. Er recherchiert den historisch-politischen Hintergrund und unterhält sich eingehend mit Vertretern aller Schichten und aller politischen Richtungen, selbst mit IS-Kämpfern. Er hält nicht zurück mit seinem persönlichen, äusserst kritischen Urteil. Die süffig geschriebenen Texte werden ergänzt durch 32 Seiten Quellenangaben, Orts-, Sach- und Personenregister. Die Fotos stammen zum Teil von Frederic, der den Vater oft begleitet. Es gibt auch Lichtblicke: Es werden Freunde besucht, es wird Fussball gespielt, es werden Spielplätze eröffnet, die der Autor finanziert (zum Beispiel in Palästina).

«Alles, was der Westen tut, wird in penetranter Weise moralisch überhöht. Er ist der ewige «Befreier». In Korea, Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien. Immer kommt er nur zur Befreiung. Obwohl die Völker der Welt schon lange nicht mehr vom Westen befreit werden wollen.» Und: «Wir kämen der Wahrheit amerikanischer und westlicher Aussenpolitik ganz nahe, wenn wir das Wort «Werte» einfach durch das Wort «Interessen» ersetzen würden.»

Sanktionen und Boykotte

Die Richtigstellung «Interessen statt Werte» vermisst der Autor etwa in den Berichten über Sanktionen.

Beispiel Irak: «Diese Sanktionen, die der Vatikan «pervers» nannte, hatten in Mossul Tausende Menschen getötet. Im Gesamt-Irak hatten sie einer halben Million Kindern das Leben gekostet.»

Beispiel Jemen: Ein Land, das Todenhöfer seit zwölf Jahren kennt und das er als sein Traumland bezeichnet. Nach der Eroberung des Nordens (70% der bewohnbaren Fläche) durch



die Huthi-Rebellen 2014 riegelten die Saudis und die Vereinigten Arabischen Emirate den Norden hermetisch ab. «Im Jemen machte man einfach alle Grenzen dicht: Seehäfen, Flughäfen, Landesgrenzen. (...) Mit geschlossenen Grenzen aber hatte der Norden gar keine Chancen mehr. Alles brach zusammen. Wir besuchten das «Al Sabeen»-Hospital. In mehreren Räumen sahen wir zu Skeletten abgemagerte Kinder.» Und: «Wenn es dem Westen um Menschenrechte ginge, hätte er den Boykott der Häfen und Flughäfen nie zugelassen, der zu dem verheerenden Kindersterben führte [und hätte] sich nicht erst dann für Friedensverhandlungen eingesetzt, als er erkennen musste, dass der Bomben- und Hungerkrieg gegen den Jemen nicht zu gewinnen war.»

Planung und Rechtfertigung von Kriegen

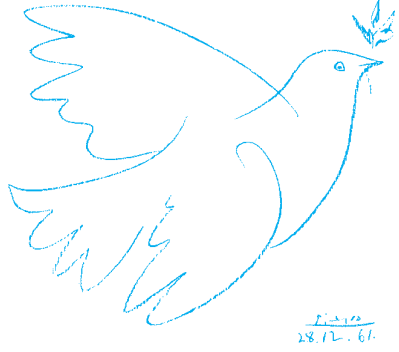
Anhand von Zitaten und Dokumenten zeigt der Autor auf, wie Kriege geplant und die Gründe verschleiert werden.

Die USA und das Öl: Ihr Ziel ist es, die Kontrolle über das «Blut der Weltwirtschaft» zu behalten und sie nicht an China oder Russland zu verlieren. Wesley Clark, der frühere Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, zitierte 2007 aus einem Geheimpapier des US-Verteidigungsministeriums, das kurz nach 9/11 entstanden ist: «Wir werden sieben Staaten angreifen. In fünf Jahren. Irak, Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Sudan und Iran.»

Deutschland und Afghanistan: 2001 wird im Deutschen Bundestag über den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan diskutiert. Ein beliebtes Argument: die Befreiung afghanischer Schulmädchen von Al-Qaida und Taliban. Heute weiss kein deutscher Politiker, wie es den afghanischen Schulmädchen geht. Die USA indessen haben vier grosse Luftwaffenstützpunkte gebaut: Bagram, Kandahar, Schindand, Helmland.

Was tun?

Das letzte Kapitel, das die Flucht eines irakischen Jungen nach Deutschland beschreibt, widmet der Autor «allen, die unsere Migranten täglich kollektiv diffamieren. Damit sie wissen, wovon sie reden.» Doch vorher stellt er Überlegungen an, welche Wege zu einem Frieden führen könnten. Eine Idee: «Der Mittlere Osten braucht zur Beilegung der vielen regionalen und innerstaatlichen Konflikte eine auf Dauer angelegte Friedens- und Sicherheitskonferenz: eine Middle-East-KSZE im Stil jener Konferenz von Helsinki, die einst den mindestens genauso schwierigen Ost-West-Konflikt entschärfte.»



Unsere Welt



Dr. Natalie Benelli überbringt in Caracas am 13. April 2019 während einer Solidaritätskundgebung die Grüsse der Schweizerischen Friedensbewegung. Foto wpc.

Reise durch Venezuela

Selbst ist das Volk

Vom 11. bis 18. April 2019 weilte eine internationale Solidaritätsdelegation des Weltfriedensrates und des Weltbundes der Demokratischen Jugend in Venezuela. Für die Schweizerische Friedensbewegung (SFB) nahm die Solothurner Journalistin und Buchautorin Dr. Natalie Benelli daran teil. Wir dokumentieren eine aktualisierte Zusammenfassung ihres Reiseberichtes, der in früheren Fassungen bereits in «Ossietzky» und auf verschiedenen Online-Portalen erschienen ist.

Von Natalie Benelli

Die vierköpfige Schweizer Delegation mit VertreterInnen der Schweizerischen Friedensbewegung, ALBA Suiza, Vereinigung Schweiz-Cuba, Partei der Arbeit und Jeunes POP trifft am 11. April am internationalen Flughafen Maiquetía Simón Bolívar in Caracas ein. Wir werden von Delegierten der venezolanischen Friedensbewegung COSI (Comité de Solidaridad Internacional Venezuela) empfangen und nach Caracas gebracht.

Unterwegs fallen die unzähligen, meist farbigen Backsteinhäuschen an den Hängen rund um Caracas auf. Auch die riesigen Überbauungen der Gran Misión Vivienda Venezuela, dem 2011 von Hugo Chávez ins Leben gerufenen Wohnungsprogramm, sind nicht zu übersehen. Sie sind mit einem grossen, roten V gekennzeichnet, einige zielt Chávez' Antlitz. Venezuela hat unter der Bolivarischen Regierung bisher über 2,6 Millionen Wohnungen für armutsbetroffene Familien im ganzen Land gebaut. Bis Ende 2019 sollen es 3 Millionen, bis 2025 fünf Millionen werden. Für die Familien bedeuten die Wohnungen eine enorme Steigerung der Lebensqualität im Vergleich zu den «barrios», in denen es weder fließendes Wasser, noch Toiletten oder Strom gab und man nachts durch die Kartonwände die Nachbarn atmen hörte – eindrücklich beschrieben in Charles Hardys Buch «Cowboy in Caracas».

Der Verkehr nimmt zu, je mehr wir uns der Hauptstadt nähern, und wird bald chaotisch, wie wir das für lebendige Grossstädte gewöhnt sind. Überall sind Menschen unterwegs, die ihren Alltagsgeschäften nachgehen. Die Fassaden der Häuser sind

zum Teil abgewetzt, einige Geschäfte sind geschlossen. Aber wir sehen Bäckereien mit Broten, Metzgereien mit Fleischwaren, Stände mit Früchten und Gemüse. Wir sehen keine Anzeichen einer «humanitäre Krise» oder eines «Bürgerkrieges».

Das Erbe von Bolívar und Chávez

Am zweiten Tag nehmen wir auf der Plaza Bolívar an einer Kranzzeremonie zu Ehren des venezolanischen Nationalhelden Simón Bolívar teil. Der «Libertador» (Befreier) kämpfte im 19. Jahrhundert für «La Patria Grande», ein vereintes, von der spanischen Kolonialherrschaft befreites Lateinamerika, das «grosse Vaterland». Heute kämpft Venezuela immer noch für nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung. Gegner sind die US-Regierung und ihre europäischen Alliierten. Entgegen dem, was westliche Medien und PolitikerInnen behaupten, stehen die meisten Menschen in Venezuela hinter der Bolivarischen Revolution und dem demokratisch gewählten Präsidenten Nicolás Maduro. Sie sind bereit, die Errungenschaften des mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten 1998 eingesetzten Bolivarischen Prozesses zu verteidigen.

Wie andere wichtige Plätze der Hauptstadt wird Plaza Bolívar Tag und Nacht von den Chávistas «besetzt». Auf einer permanenten Bühne finden Konzerte und Podiumsdiskussionen statt. Die in einem kleinen Zelt untergebrachte «esquina caliente» («heisse Ecke») ist seit dem gescheiterten Putschversuch gegen Chávez im Jahr 2002 hier, um zu verhindern, dass der Platz von der Opposition eingenommen wird.

Die Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela garantiert allen VenezolanerInnen kostenlose Gesundheitsversorgung, sicheren und würdigen Wohnraum und kostenlose Bildung. 2004 erklärte die UNESCO

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!

Venezuela frei von Analphabetismus – eine Revolution in sich selbst, nachdem Millionen von Menschen in Venezuela bis in die späten 1990er Jahre weder lesen noch schreiben konnten. Die Menschen wissen sehr wohl, was sie verlieren, sollte die Opposition an die Macht kommen.

Internationale Solidarität gegen US-Sanktionen

87 Delegierte von 65 Organisationen aus 45 Ländern kamen im Rahmen der 2. Internationalen Solidaritätsmission nach Caracas. Am offiziellen Festakt drücken sie dem venezolanischen Volk ihre Solidarität aus und verurteilen die von den USA verhängten Wirtschafts-, Finanz- und Handels-sanktionen gegen Venezuela.

Entgegen ihrer traditionellen Politik der Neutralität und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates hat sich auch die Schweizer Regierung im März 2018 den völkerrechtswidrigen Sanktionen angeschlossen. Durch letztere verliert Venezuela täglich Millionen von Dollars als Folge fehlender Einnahmen und zusätzlicher Ausgaben und wird daran gehindert, Medikamente, Lebensmittel und andere Güter zu importieren, da US-dominierte Banken und Finanzinstitute sich weigern, Geldzahlungen aus Venezuela zu überweisen. Das staatliche Ölförderungsunternehmen PDVSA, dessen Infrastruktur aus Maschinen und Teilen der US-Firma Caterpillar und der deutschen Siemens besteht, erhält seit Jahren kaum mehr Ersatzteile für seine Anlagen. In ausländischen Banken deponierte Goldbestände Venezuelas und die Einnahmen der venezolanischen Tochtergesellschaft Citgo, die in den USA Tankstellen betreibt, sind blockiert. 2017–2018 sind rund 40 000 VenezolanerInnen als Folge der Sanktionen gestorben.

Landis & Gyr in Venezuela

Am fünften Tag besuchen wir die staatliche Elektrizitätsgesellschaft CORPOELEC. Neben chinesischen, argentinischen und brasilianischen Modellen werden in den Haushalten der Hauptstadt auch Stromzähler der Schweizer Firma Landis & Gyr eingesetzt. Nach Ablauf der zehnjährigen Garantie werden die Zähler ersetzt, die alten gesäubert und revidiert. Da aufgrund der Sanktionen weder Ersatzteile, noch Reinigungsmittel oder Farbe erhältlich sind, werden zurzeit vor allem neue Stromzähler abgegeben. Obwohl die für die Revision der alten Stromzähler zuständigen ArbeiterInnen keine Arbeit haben, werden sie nicht entlassen.

Nach den Sabotageakten gegen das Stromnetz am 7. März und den darauf folgenden Tagen waren grosse Teile des Landes ohne Strom und Trinkwasser, das mit elektrischen Pumpen befördert wird. Unsere GesprächspartnerInnen von CORPOELEC sind sich einig: Mit dem Angriff auf die Stromversorgung sollten Plünderungen, Gewalt und Chaos provoziert und so dem selbsternannten «Interimspräsidenten» Juan Guaidó die Chance gegeben werden, sich als Retter der Nation aufzuspielen und die legitime Regierung Maduros abzusetzen. Doch die Bevölkerung blieb ruhig und das Land hatte dank des pausen-

losen Einsatzes der Belegschaft der CORPOELEC nach wenigen Tagen wieder Strom. Die organisierten ArbeiterInnen der CORPOELEC nutzten die aussergewöhnliche Situation, um die Verwaltung der Fabrikmensa in die eigenen Hände zu nehmen und diese von nun an in Selbstverwaltung zu betreiben.

Das Volk hilft sich selbst

Zwei weitere Besuche führen uns die eindrückliche Basisorganisation der Bevölkerung vor Augen. Im Quartier Sucre wohnen wir einer Verteilung von subventionierten Lebensmitteln durch das System der CLAP (Comité Locales de Abastecimiento y Producción) bei. Ein- bis zweimal im Monat werden rund 6 Millionen Familien mit Grundnahrungsmitteln wie Reis, Pasta, Öl, Linsen, Maismehl, Weizenmehl, Milchpulver, Zucker, Thon versorgt.

Die Lebensmittel werden über zwei Wege verteilt: Die «CLAP obrero» werden den Werkträgern an ihren Arbeitsstellen, die «CLAP comunas» in den Quartieren durch die organisierte Bevölkerung abgegeben. Im Quartier Sucre werden die CLAP-Kisten mit Lieferwagen in ein Lager angeliefert und die Anzahl der Kisten abgezählt, die im Zielquartier verteilt werden – 300-350 pro Verwaltungseinheit. Die Kisten werden dann in die Verteilerzentrale vor Ort gefahren, im Falle des Quartiers Sucre ein Quartierzentrum, und gemäss einer Liste der Haushalte verteilt. Die Bezahlung – rund 510 Bolivar bei einem Mindestlohn von 18 000 Bolivar im Monat – erfolgt vorgängig.

Die BewohnerInnen sind nicht nur in den ganzen Prozess eingebunden, sie machen ihn überhaupt erst möglich. Von der Bestellung und dem Transport der CLAP-Kisten über die Besuche in den Haushalten der Quartiere zwecks Bedarfsbestimmung bis zur Bezahlung und Verteilung sind alle Aufgaben an verantwortliche BewohnerInnen verteilt.

Die CLAP wurden 2016 von der Regierung eingeführt als Antwort auf die massive Verteuerung und Verknappung von Grundnahrungsmitteln infolge der Sanktionen, von Spekulationen und dem Zurückhalten ganzer Warenlieferungen durch die einheimischen, der Opposition nahestehenden Lebensmittelverteiler. Als durch die Anschläge auf die Stromversorgung im März die Trinkwasserversorgung vorübergehend unterbrochen war, wurde das System CLAP benutzt, die Bevölkerung mit Trinkwasser zu versorgen. Die Regierung schickte Zisternenwagen in die Quartiere, die Bevölkerung organisierte und sicherte die Verteilung des Trinkwassers im Quartier.

Nueva Comunidad Socialista Amatina

Die Organisation und Selbstverwaltung der Bevölkerung wird auch im Projekt Amatina deutlich. Amatina ist ein Komplex mit 137 Wohnungen im Stadtteil Antímano in Caracas, die in Eigenregie und mit finanzieller, materieller und professioneller Hilfe der Regierung von den rund 130 Familien gebaut wurden, die hier leben.

Der Komplex steht auf einem vormals brachliegenden Grundstück des Lebensmittelgrossverteiler Empre-

sas Polar. Polar kontrolliert einen Grossteil der Lebensmittelimporte und -verteilung in Venezuela und beteiligt sich aktiv an der künstlichen Verknappung von Lebensmitteln mit dem Ziel, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen. Am 8. Januar 2011 leitete der damalige Präsident Hugo Chávez zusammen mit der SiedlerInnenbewegung (Movimiento de pobladores y pobladoras) die Enteignung des Landstücks ein und legte damit auch gleich den Grundstein für die kurz darauf gegründete Gran Misión Vivienda Venezuela.

2013 begannen die Arbeiten. Die Menschen, die sich rund um Amatina organisiert haben, gehören zu denen, die vorher obdachlos waren, in den «barrios» lebten oder durch Unwetter und Bergstürze ihr Zuhause verloren hatten.



Frauen in Amatina. Foto Amanda Joset

Amatina betreibt eine eigene Bäckerei und einen Kinderhort. Der Gemeinschaftsraum und das Lokal für den Radiosender sind noch im Bau. Im Garten werden Gemüse und Arzneipflanzen angebaut. Die Wohnungen sind modern und grosszügig ausgemessen. Wir sprechen mit BewohnerInnen, die offensichtlich stolz darauf sind, ihre Wohnungen mit ihren eigenen Händen und ohne Hilfe von Privatunternehmen gebaut zu haben. Freiwillige anderer Organisationen helfen bei den Arbeiten und es gibt auch Hilfe von internationalen Brigaden.

Am Abend findet eine Versammlung der Jugend von Amatina statt. Das politische Bewusstsein der Jugendlichen ist unglaublich gross. Sie kennen die Geschichte der Kolonialisierung Lateinamerikas und der Unabhängigkeitskriege Venezuelas. Sie sind bestens über die aktuelle Situation informiert und stolz, Teil des Widerstandes gegen das US-Imperium zu sein. Als wir ihnen erzählen, dass die Medien in der Schweiz berichten, in Venezuela herrschten Hunger, Chaos und ein brutaler Diktator, verstehen sie die Welt nicht mehr.